



TITELTHEMA

Aus dem Maschinenraum

50 Jahre MIZ – Rückblick und Ausblick



Inhalt

Editorial

Christoph Lammers
(K)Ein Grund zum Feiern! 1

Blätterwald 26

Neulich...

... im Sturmgebiet 30

Zündfunke 31

Buchbesprechung

Axel Lange: Evolutionstheorie
im Wandel 46

Internationale Rundschau 49

Impressum 65

Titelthema:

50 Jahre MIZ - Rückblick und Ausblick

Aus dem Maschinenraum

Im 50. Jahr ihres Erscheinens reflektieren ehemalige Redakteure
und eine gegenwärtige Redactrice über die Zukunft der MIZ 3

Staat und Kirche

Gunnar Schedel

Grundrecht in der Warteschleife
In der Pandemie ist Kirchengaustritt
ein Geduldsspiel 15

Corinna Gekeler

Verbohrt + unsozial =
Caritas + Diakonie 21

Vera Muth

Mythen um Moneten
Sind die Kirchen Opfer der
Demokratie? 24

Kirchentagsfinanzierung 39

Karrierebremse Kreuzifix 64

Prisma

Frank Welker

Der große Dachschaden
Wie die Verschwörungstheorie vom
„Great Reset“ die Welt erobert 37

Wie hat Deutschland abgestimmt?

Offener Brief anlässlich der Wahl
des Iran in die UN-Kommission
zur Rechtsstellung der Frau 40

Thomas Wascke

Was kann die Erweiterte
Evolutionäre Synthese leisten?
Teil 1: Grundsätzliche Klärungen
zum Thema Evolutionstheorien 41

Serie: Aufklärung

Gerhard Rampp

Herder - Wegbereiter
des liberalen Protestantismus 28

(K)Ein Grund zum Feiern!

Wenn ein so kleines Magazin wie das unsrige in das 50. Jahr seines Erscheinens geht, ist dies zunächst einmal ein Grund zum Feiern. Wer hätte zu Beginn der 1970er schon gedacht, dass aus dem anfänglich als Flugblatt gestarteten Projekt einmal ein politisches Magazin werden würde, welches in der säkularen Szene bis heute wichtige Akzente im Hinblick auf eine religionsfreie, humanistische und aufgeklärte Gesellschaft setzt? Wenn wir ehrlich sind, wohl die wenigsten.

Doch nicht nur die Tatsache, dass es dieses Magazin noch immer gibt und, so möchte ich hoffen, auch in den nächsten 50 Jahren noch geben wird, ist überraschend. Ein Blick zurück in die vielen Beiträge des Magazins zeigt, dass manche politische Kämpfe, die damals ausgefochten wurden, keinesfalls erledigt sind. Soll heißen, gesellschaftlicher Fortschritt ist kein Selbstläufer. Wir sollten uns hüten, uns auf diesen Lorbeeren und dem bereits Erreichten ausruhen zu wollen – dazu aber später mehr.

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich vieles an der MIZ verändert. (Chef)Redakteur_innen kamen und gingen, das Layout (innen wie außen) wurde moderner und durch das Erstarken der Sozialen Medien hat sich im digitalen Bereich ebenfalls einiges getan. Mit der neu gestalteten Webseite versuchen wir, das Printmedium durch ein digitales Angebot zu stärken und so ein internet-affines Publikum zu erreichen.

Was sich über die Jahre nicht verändert hat, ist die Arbeit im Maschinen-

raum des Magazins. Dort geht es um die Rahmenbedingungen, innerhalb derer die MIZ funktioniert und von den Verantwortlichen zum Laufen gebracht wird.

Im Mittelpunkt steht das Zusammenspiel von ehrenamtlich arbeitender Redaktion und Herausgeber des Magazins. Dieses Zusammenspiel hat sich über die Jahre bewährt und wurde kontinuierlich gefestigt. Weder redaktionelle Umbrüche noch Veränderungen innerhalb der Herausgeberschaft haben daran etwas ändern können. Dem Herausgeber, dem *Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA e.V.) kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Er besitzt die „Richtlinienkompetenz“, setzt somit den politischen Rahmen, in dem sich die Redaktion bewegen soll und darf, ermöglicht der Redaktion zugleich, unabhängig zu arbeiten.

Die Verbundenheit mit dem Verband wirft aber auch eine wichtige Frage auf, die Auswirkungen auf die politische Arbeit der Redaktion hat. Wie nah muss bzw. sollte die MIZ inhaltlich am Herausgeber sein? Denn als Verlautbarungsorgan des IBKA taugt die MIZ nicht. Und daraus ergibt sich eine weitere Frage: Wie offen kann bzw. darf das Magazin für andere „Mitspieler_innen“ im säkularen Feld sein?

Die zweite Frage ist insoweit wichtig, als dass die säkulare Szene keinesfalls so homogen bzw. geschlossen ist, wie manche es sich (von außen betrachtet) vorstellen oder gar (von innen her

gedacht) wünschen. Auf dem weiten Feld der religionsfreien Gemengelage gibt es Akteur_innen mit sehr unterschiedlichen, zum Teil sich diametral gegenüberstehenden Positionen und Forderungen zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Das reicht von der Frage der Privilegien für Weltanschauungsgemeinschaften über individuelle Rechte und Lebensentwürfe bis hin zur Frage der Religionskritik.

Dass das so ist, muss nicht unbedingt schlecht sein – ganz im Gegenteil. Eine offene, demokratische und weltanschaulich plurale Gesellschaft lebt von der Vielfalt der Perspektiven. Und nicht von der Einfalt der Religiotie oder vom Diktat religiöser Überheblichkeit. Doch es zeigt zugleich die Grenzen auf, in denen sich die unterschiedlichen Akteur_innen bewegen.

Die MIZ erscheint bis heute als Vierteljahresmagazin. Das bringt es mit sich, dass aktuelle bzw. tagespolitische Themen nur in einem begrenzten Umfang dargestellt und erörtert werden können. Diese Tatsache wirft Fragen auf, die sich die Redaktion immer wieder aufs Neue stellen muss: Wo liegen die Schwerpunkte in der politischen Berichterstattung? Wo liegen die Grenzen bei dem Themenschwerpunkt? Wie können Themen kontinuierlich erörtert werden, ohne den Eindruck zu erwecken, das Magazin würde immer wieder dasselbe zu dem Thema schreiben? Gerade als kleines Magazin mit einer begrenzten Reichweite und begrenzten Ressourcen geht es in erster Linie darum, einen ersten thematischen Aufschlag zu machen und ein Thema in die säkulare Szene hineinzutragen, um so eine breite gesellschaftliche Diskussion anzustoßen.

Thematisch hat sich im Laufe der Jahre einiges verändert. Die Verflechtung von Staat und christlichen Kirchen stand lange Zeit im Mittelpunkt der Analysen. Mit der Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit kamen neue Themenfelder hinzu, die stärker in den Fokus gerieten. Stellvertretend hierfür seien der politische Islam, Esoterik, Paramedizin aber auch die Auseinandersetzung um Geschlechterrollen, reproduktive Rechte und die Selbstbestimmung des Menschen am Ende seines Lebens genannt.

Wie wichtig es ist, sich thematisch breit(er) aufzustellen und der säkularen Szene eine Stimme in der Gesellschaft zu geben, zeigt sich u.a. daran, dass bereits erstrittene Rechte wieder verstärkt in Frage gestellt werden. Mit dem weltweiten Erstarken autoritärer Parteien und Strömungen, der zunehmenden Wissenschaftsfeindlichkeit und dem irrational anmutenden identitätspolitischen Diskurs (links wie rechts) droht das Ziel einer aufgeklärten, pluralen und religionsfreien Gesellschaft in weite Ferne zu rücken. Es ist daher unsere Aufgabe als MIZ-Redaktion, nicht nur der säkularen Szene eine Stimme zu geben, sondern gesellschaftliche Missstände aufzuzeigen und Kritik an den reaktionären Heilsbringer_innen und ihren menschenfeindlichen Unheilsbotschaften zu üben. In diesem Sinne, Geschichte wird gemacht!

Aus dem Maschinenraum

Im 50. Jahr ihres Erscheinens reflektieren ehemalige Redakteure und eine gegenwärtige Redactrice über die Zukunft der MIZ

Einmal im Jahr trifft sich die MIZ-Redaktion und plant: die nächsten Schwerpunkte, die mittelfristige inhaltliche Ausrichtung, das Verhältnis von Heft und Webseite. Dazu werden dann oft auch ständige Mitarbeiter oder Aktivistinnen aus der Zeitschrift nahestehenden Verbänden eingeladen. Die letzten beiden Redaktionstreffen fanden hingegen als Videokonferenzen statt. Und es zeigte sich: das „Tagesgeschäft“ lässt sich auf diese Weise gut besprechen, aber die Funken, die einen gemeinsamen kreativen Prozess ausmachen, sprühen nur sehr verhalten.

Also hat die MIZ-Redaktion ehemalige und gegenwärtige Redakteur_innen gebeten, ein paar grundsätzliche, Vergangenheit und Zukunft der Zeitschrift betreffende Fragen zu beantworten. Im 50. Jahr unseres Bestehens wollen wir überlegen, wie sich die Arbeit im „Maschinenraum“ der MIZ gestalten lässt. Einige Rahmenbedingungen stehen fest: Die redaktionelle Tätigkeit wird auf absehbare Zeit ehrenamtlich geleistet werden. Nicht in einem Verhältnis der Lohnabhängigkeit gegenüber Herausgeber und Verlag zu stecken, bringt journalistische Freiheit mit sich. Welche Nachteile das Modell der ehrenamtlichen Redaktion hat, war in den Lockdown-Phasen der Corona-Pandemie zu spüren (es gibt Gründe, warum das Heft nicht wie geplant Ende April erschienen ist).

An anderen Stellschrauben könnten gedreht werden: Welche Zukunft haben gedruckte Medien eigentlich? Ist das „Zeitungssterben“ auf die Tageszeitungen begrenzt, die Online-Medien gegenüber in puncto Aktuali-

tät und Zugangskosten im Nachteil sind. Oder ändern sich Mediennutzungsgewohnheiten grundsätzlich, so dass auch Zeitschriften, die auf Hintergrundberichterstattung und *special interest* setzen, mittelfristig so stark an Auflage verlieren, dass eine gedruckte Ausgabe sich nicht mehr lohnt? (Dabei geht es nicht nur um finanzielle Aspekte, sondern auch um die „Reichweite“.) Wie könnte dann die Umstellung einer Vierteljahreszeitschrift auf ein Online-Portal funktionieren?

Oder ist es gar nicht eine Frage des Mediums, ob die MIZ übermorgen noch gelesen wird, sondern der ausgewählten Themen? Was hat sich hier in den letzten 40 Jahren eigentlich verändert? Oder liegt der Schlüssel in den Textsorten? In der optischen Aufmachung des Heftes?

Die Antworten von René Hartmann, Wolfgang Mahnfitz, Gerhard Rampp, Michael-Schmidt-Salomon und Daniela Wakonigg sind ein erster Aufschlag, um die MIZ der Zukunft zu planen.

Die MIZ wurde von Anfang an vom *Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA) herausgegeben. Anfangs spielte der Vorstand, vor allem IBKA-Gründer Frank L. Schütte, bei der Erstellung der Hefte eine große Rolle; seit Anfang der 1990er Jahre wird die MIZ hingegen von einer dezentral arbeitenden Redaktion besorgt, und Vorstandsmitglieder waren nur in seltenen Fällen beteiligt.

Über das Verhältnis von Verband und Zeitschrift hat die Redaktion den derzeitigen Vorsitzenden des IBKA, René Hartmann, befragt (von 2007 bis 2009 selbst Mitglied der Redaktion).

MIZ: Welche Bedeutung hat die MIZ für den IBKA?

René Hartmann: Die MIZ ist nach wie vor das publizistische Flaggschiff des IBKA. Auch wenn in den letzten Jahrzehnten neue Medien hinzugekommen sind, ist und bleibt die MIZ ein zentrales Element in der Medienpräsenz des IBKA.

MIZ: Was kann eine Zeitschrift, was ein Verband nicht kann?

René Hartmann: Auch wenn die Grundausrichtung dieselbe wie die des IBKA ist, kann ein Magazin wie die MIZ ein breiteres Themenspektrum bedienen, als das der Verband könnte. Ein Magazin kann neben Artikeln mit konkretem politischem Bezug z.B. auch mal Platz für theorielastige Themen bieten sowie für Themen, die zwar aus IBKA-Sicht von Interesse sind, für die aber in den Aktivitäten des Verbands kein rechter Platz ist.

MIZ: Angesichts der medialen Veränderungen der letzten 50 Jahre: Hat sich die Funktion der MIZ gewandelt?

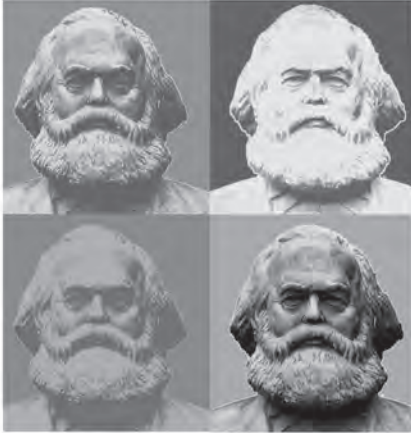
René Hartmann: Die MIZ war in der Vergangenheit über lange Zeit praktisch das einzige Medium, über das Interessierte über den Kreis der Mitglieder hinaus verlässlich mit Informationen über den IBKA und sein Tätigkeitsgebiet versorgt wurden. In dieser Funktion hat die MIZ mit dem IBKA-Rundbrief und besonders mit den Internetmedien Konkurrenz bekommen. Nahm die MIZ früher eine Schlüsselposition ein, besonders was die Gewinnung neuer Mitglieder betraf, ist sie heute Teil eines Medienmixes geworden. Dabei hat sie jedoch eine wichtige Rolle behalten, denn allein auf das Internet zu setzen, wäre für einen Verband wie den IBKA vielleicht möglich, aber aus meiner Sicht kurzsichtig.

MIZ: Der IBKA ist der Herausgeber der MIZ, der Redaktion wird aber weitgehende Eigenständigkeit eingeräumt (was seit rund 30 Jahren auch in einem Redaktionsstatut festgeschrieben ist). Hat sich dieses Modell bewährt?

René Hartmann: Dass die MIZ unabhängig und nicht das Sprachrohr des Verbandsvorstands ist, hat sich nach meiner Einschätzung bewährt. Für die Bekanntmachungen des Verbands gibt es den IBKA-Rundbrief.

MIZ: Welche Themen, die von der MIZ aufgegriffen wurden, haben dem Verband am meisten Ärger eingebracht?

René Hartmann: Regelrechten Ärger gab es in den letzten 20 Jahren eigentlich nicht, jedenfalls habe ich das nicht so wahrgenommen. Gelegentlich erreichen den Vorstand Beschwerden, die MIZ sei zu 'links' oder es stört sich jemand daran, wenn der Marxismus in einem Heft Thema ist. Das mag für Einzelne ein Aufreger sein, ein Problem für den Verband sehe ich darin nicht.



SCHWERPUNKTTHEMA

Marx reloaded

Zur Aktualität von Marxismus und Religionskritik

MIZ: Welche Wünsche gibt es auf Seiten der politische Aktiven gegenüber der MIZ-Redaktion?

René Hartmann: Erst einmal muss ich der Redaktion meine Anerkennung für die Arbeit aussprechen, die sie unter nicht gerade einfachen Bedingungen leistet. Was ich mir wünschen würde, ist, dass die Redaktion und der IBKA gemeinsam eine Strategie oder Vision für die MIZ erarbeiten. Das richtet sich also an die Redaktion und Verband gleichermaßen. Printmedien sind schon seit Längerem unter Druck. Einige Zeitschriften haben daraus die Konsequenz gezogen, nur noch online zu erscheinen. Die MIZ hat sich diesem Trend bislang entziehen können und ist mit eigenen Online-Angeboten präsent. Trotzdem bleibt die Situation herausfordernd. Eine eingehende Analyse und Bewertung der verschiedenen Optionen wäre aus meiner Sicht wichtig und sollte regelmäßig in bestimmten Abständen erfolgen.

Wolfgang Mahnfitz ist seit 1977 Mitglied im IBKA und im Landesverband Berlin-Brandenburg aktiv. Der MIZ-Redaktion gehörte er 1986/87 an.

MIZ: Wie wurde die MIZ in den frühen Jahren denn erstellt?

Wolfgang Mahnfitz: IBKA- und MIZ-Gründer Frank L. Schütte (A2007) war Schriftsetzer, also kam für ihn nur beste kommerzielle Fotosatz-Technik infrage. In den 1970er Jahren gab es bei seinem Arbeitgeber, einem großen Verlag in Berlin, Maschinen von Linotype, dem Weltmarktführer, die er mit horrenden Kosten für die MIZ benutzen konnte. Die Filme, also die Druckvorlagen, die damit erstellt wurden, hatten eine für ihn als Setzer selbstverständliche Auflösung von 1200 dpi oder besser. Teuer war entsprechend diesen Qualitätsansprüchen auch der Druckereiaufwand (Matritzen und Papier für den Offsetdruck).

Der Versand, also Eintüten und Frankieren als Postvertriebsstück, erfolgte in freiwilliger Arbeit durch Vereinsmitglieder, meist durch die MIZ-Redaktionsgruppe. Zum Einsatz kam dabei eine Frankiermaschine mit Adressatenkärtchen und einfacher Spiritus-Kopieretechnik. Erwähnenswert ist, dass Schütte aus eigener Tasche den Versand von über hundert Frei-Exemplaren jeder Ausgabe an Einzelpersonen und Organisationen in aller Welt finanzierte, die er als Freidenker erachtete.

MIZ: Wie hat die Redaktion kommuniziert?

Wolfgang Mahnfitz: Telefonisch, postalisch, per Fax und per E-Mail, jenem Netzdienst, der just vor 50 Jahren erfunden wurde.



Das erste Heft – Ausgabe 1/75. In den drei Jahren zuvor war die MIZ im Format eines mehrseitigen Flugblattes erschienen. In der Jahrgangszählung wurden diese Ausgaben berücksichtigt, so dass MIZ 1975 mit Jahrgang 4 startete.

IBKA und MIZ sind in (West-)Berlin entstanden; die Redaktionsmitglieder, soweit dort wohnend, trafen sich zu ihren Sitzungen bis Mitte der 1980er Jahre in ihren Wohnungen, teils auch in Hochschulräumen, denn einige arbeiteten in den Universitäten, wo es damals schon moderne Rechner, Kopierer und Drucker gab ...

MIZ: Was war die politische Zielstellung dieser Zeit?

Wolfgang Mahnfitz: Eine Motivation von Schütte, einen Konfessionslosen-Verband zu gründen, war seine Frage, inwieweit die Freidenkerverbände (z.B. die in der Nachfolge des DFV der 20er Jahre), aber auch die „Freireligiösen“, Unitarier, Monisten usw. noch handlungsfähig seien – oder schon zu überaltert, die Aktiven nur noch als zu mietende Sprecher für Trauerfeiern

tätig. Dieser Klärungsintention widmete er auch die MIZ; die sollte sich von den Postillen der genannten anderen Vereine abheben.

In der Tat zeigte Schütte bei einer Redaktionssitzung eine Ausgabe der Zeitschrift *Der Freidenker* herum, in der auf der Seite „Aus dem Vereinsleben“ nur lapidar eine „Liste der Bestattungspredner“ abgedruckt war, nichts sonst.

MIZ: Worin sah die Redaktion ihre Aufgabe im Blätterwald der damaligen Zeit?

Wolfgang Mahnfitz: Keinesfalls sollte die MIZ ein Vereinsblatt sein, nur für die langsam wachsende IBKA-Mitgliederzahl, nur zur Mitteilung und Diskussion von Vereinsinternem. Als „Politisches Journal“ sollte sie möglichst viele säkulare Kräfte ansprechen. Es gelang tatsächlich, einige Freidenkergruppen dafür zu gewinnen, die MIZ auch unter ihren Mitgliedern zu verteilen, zumal, wenn die sich weder personell wie finanziell eine eigene Zeitschrift leisten konnten.

Auch gelang es der MIZ, ihren Blick über den deutschsprachigen Raum hinaus zu betonen: Seit 1981 sichtet und kommentiert das Augsburger Redaktionsmitglied Gerhard Rampp Meldungen aus aller Welt zur Säkularisierung und den Kämpfen dagegen in seiner *Internationalen Rundschau*, mittlerweile liefert er in dieser Ausgabe den Artikel Nr. 5447!! Danke, Gerhard.

Gerhard Rampp gehörte der Redaktion von 1989 bis 1996 an und war währenddessen, davor und danach für die *Internationale Rundschau* zuständig.

MIZ: Du betreust, mit einer Unterbrechung in den 1990er Jahren, die Rubrik *Internationale Rundschau*, die bis zu einem Viertel der Seitenzahl eines Heftes umfasst. Warum sind diese Kurzmeldungen so wichtig?

Gerhard Rampp: Zu ergänzen ist, dass ich die *Internationale Rundschau* erst seit 1981 betreue. Vorher wurde diese Rubrik aber nur phasenweise gepflegt und die Zahl der Meldungen war spärlich. 1998 wurde mir die Arbeit zuviel, doch als sich die Nachfolgeregelungen allesamt als nicht dauerhaft tragfähig erwiesen, übernahm ich diese Tätigkeit wieder – anfangs aus Pflichtgefühl und nachher immer mehr auch aus dem Vergnügen heraus, den Niedergang der Kirchen publizistisch zu begleiten. Von den inzwischen knapp 5500 Meldungen war ich für rund 5000 verantwortlich.

Vor allem zwei Aspekte machen die Meldungen der *Internationalen Rundschau* so wichtig: die Lesefreundlichkeit und die Internationalität. Je stärker die Flut an unwichtigen und wesentlichen News anschwellt, umso stärker ging die Bereitschaft zurück, längere Artikel oder gar Sachbücher zu lesen. (Das konnte ich auch in meinem Beruf als Deutschlehrer feststellen.) Immer wieder hörte ich von *MIZ*-Abonnenten: „Das erste, was ich in der *MIZ* lese, sind die Kurzmeldungen.“ Klar, das sind kleine, leichtverdauliche Bröckchen, man kann jederzeit zwischendrin unterbrechen oder sich das subjektiv Wichtigste herauspicken. Zum anderen hatte der Herausgeber, der *Internationale Bund*

der Konfessionslosen und Atheisten, den Anspruch, über den nationalen Tellerrand hinauszuschauen. Bei den *MIZ*-Artikeln war dies nicht immer leicht zu realisieren, denn über 90 Prozent der Leser*innen leben in Deutschland und wollen von Themen angesprochen werden, die einen Bezug zu ihrem Umfeld haben. Die *Internationale Rundschau* will die weltweiten Entwicklungen widerspiegeln, ohne die binnendeutschen Regionen zu vergessen. Manchmal bietet das Ausland – das ja bei der Trennung von Staat und Kirche oft viel weiter ist – wertvolle Hilfestellungen für die Überwindung des rückständigen deutschen Systems. Auch daher bleibt es immer mein Ziel, je ein Drittel der Meldungen aus Deutschland, dem übrigen Europa und den anderen Kontinenten zu liefern. Nicht immer ist dies möglich, denn mal passiert im einen, mal im anderen Teil der Welt besonders viel.

MIZ: Die Rubrik setzt stark auf Berichterstattung: Ereignisse werden dargestellt, Äußerungen zitiert, eine Kommentierung erfolgt nur selten. Mit welcher Vorstellung von Rezeption gehst du an die Arbeit?

Gerhard Rampp: Zunächst musste ich bei der Auswertung der vielen Informationsquellen (Printmedien einschließlich einiger Kirchenzeitungen, aber auch Online-Infodienste) erstaunt feststellen, dass viele Tatsachen nur in zwei oder drei Medien erwähnt wurden. Es gilt also, Fakten der Vergessenheit zu entreißen. Oft ist es aber auch notwendig, Facetten herauszustellen, die die Zeitungen in ihrer eigentlichen Brisanz gar nicht erkennen. Dazu ein Beispiel: 2019 wurde in einer evangelischen Kirchenzeitung eine re-

präsentative Umfrage erwähnt, wonach der Glaube an Gott im Vergleich zu einer vergleichbaren Studie von 2005 zurückgegangen sei. Konkret sei der Anteil der Gottgläubigen unter Protestanten von 79 auf 67 Prozent geschrumpft. In sämtlichen ausgewerteten Tageszeitungen war dies zu harmlos für eine Meldung. Doch verbirgt sich dahinter fast Sensationelles: Ein Drittel der deutschen Protestanten glaubt nicht an Gott; bedenkt man ferner, dass innerhalb dieser 14 Jahre ein Zehntel ausgetreten ist, dann hat sich der Anteil der Nichtgläubenden unter den verbliebenen Protestanten in diesem kurzen Zeitraum mehr als verdoppelt! (Grund ist natürlich auch das Wegsterben der meist noch gläubigen Alten.)

Derartiges herauszufiltern ist Aufgabe der MIZ. Das kann im Text durch Umformulierung erreicht werden oder durch eine Anmerkung. Ansonsten erfolgt eine Kommentierung selten, denn die Leserschaft der MIZ ist als mündig und kritisch zu betrachten.

MIZ: Worin würdest du die wichtigste inhaltliche Veränderung bei den Meldungen sehen?

Gerhard Rampp: Vor 30 Jahren musste ich an der Uni die verschiedenen Zeitungen, vor allem aber die Printausgabe der Katholischen Nachrichten Agentur, nachlesen und ggfs. kopieren. Heute lade ich passende Texte meist am PC herunter. Aber auch inhaltlich hat sich einiges geändert. Journalisten kritisieren die Kirchen mutiger, während die Kirchenvertreter einen Teil ihrer früheren Arroganz ablegen mussten. Das hängt mit dem geschrumpften Anteil der Kirchenmitglieder zusammen, die ihrerseits aber auch nach all den

Skandalen kritischer geworden sind. Erfreulicherweise sind heute deutlich mehr und genauere statistische Daten verfügbar, die auch wesentlich zeitnäher geliefert werden.

Die wachsende Bedeutung des Islam führte zu manchmal kuriosen Reaktionen der Christen. Letztere kritisieren z.B. die Blasphemiegesetze in Pakistan oder Indonesien, verteidigen aber den „Gotteslästerungsparagraphen“ 166 in Deutschland. Auch die Rechtfertigungsstrategie für die privilegierte Stellung der Kirchen in Deutschland hat sich geändert. Argumentierten Kirchenvertreter früher mit der Mehrheit in ihren Reihen, reden sie heute von der „Tradition“ der Kirchen in der Gesellschaft. Nur: Tradition ist Vergangenheit, Kirchenschwund die Gegenwart und Sektendasein die Zukunft.

MIZ: Hat diese Rubrik im Internetzeitalter, das eine unvorstellbare Fülle an Informationen per Mouse-Click verfügbar macht, eine Zukunft?

Gerhard Rampp: Mehr als je zuvor. Das Internet liefert eine unübersichtliche Fülle von allem Möglichen. Nur wer schon eine klare Vorstellung von akzeptablen Informationsquellen hat (ohne Fake News, ohne Vermischung von Tatsachen und Meinungen, ohne Klatsch und Tratsch), wird überhaupt fündig. Aber der Rückgang des Interesses an Religion führt auch zu einem Schattendasein dieses Bereichs in den Medien. Im Prinzip ist die Internationale Rundschau bereits eine Auswahl von Meldungen für Nichtreligiöse, die man in dieser Form sonst nirgends findet. Und sie ist gleichzeitig nach einem halben Jahrhundert auch ein stattliches Archiv.

Daniela Wakonigg gehört der Redaktion seit 2009 an. Sie hat u.a. die Rubrik *Neulich...* erfunden.

MIZ: Du arbeitest sowohl im Gutenberg-Universum (MIZ) als auch im Cyber Space (hpd). Was sind – abgesehen von der Bezahlung – die wesentlichen Unterschiede?

Daniela Wakonigg: In Hinblick auf die redaktionelle Arbeit funktionieren die MIZ und der *Humanistische Pressedienst* komplett anders. Bei der MIZ überlegt sich die Redaktion Wochen, ja teilweise sogar Monate im Voraus, welchen Themenschwerpunkt ein Heft haben soll und mit welchen Autor:innen und Interviewpartner:innen man diesen Schwerpunkt wie genau angehen will, welche analytischen Aspekte es zu berücksichtigen gilt etc.

Beim *Humanistischen Pressedienst* muss die Redaktion dagegen sehr aktuell, oft auch tagesaktuell arbeiten. Wenn der Bundestag heute über Gesetzentwürfe zur Ablösung der Staatsleistungen abstimmt, sollte ich möglichst auch heute darüber berichten, dass die Abstimmung stattfindet, und die Hintergründe erklären. Und morgen sollte ich dann möglichst einen Kommentar zum Abstimmungsergebnis veröffentlichen und/oder Reaktionen säkularer Organisationen auf das Abstimmungsergebnis.

Während es bei solchen Dingen wie Gesetzentwürfen einen gewissen Planungsvorlauf für die Berichterstattung gibt, gibt es bei anderen Dingen überhaupt keinen Vorlauf. Es kann immer sein, dass von jetzt auf gleich ein kirchlicher Skandal enthüllt wird oder aktuelle Dinge geschehen, die für

Säkulare wichtig sind, und auf die man dann sehr schnell reagieren muss.

MIZ: Ist denn die Einschätzung, dass MIZ und hpd in etwa dasselbe politische Spektrum bedienen, richtig?

Daniela Wakonigg: Ja und nein. Mehrere soziologische Untersuchungen haben ja in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Mehrheit der Säkularen, Konfessionslosen etc. politisch eher links der politischen Mitte steht. Das ist sicherlich auch beim Großteil der Leserschaft von MIZ und hpd der Fall. Aber beim hpd gibt es einen speziellen Effekt durch die Präsenz in den Sozialen Medien. In den Sozialen Medien lesen viele Menschen nur die Überschrift und den Teaser, nicht aber den ganzen Artikel. Und die Algorithmen der Sozialen Medien verteilen Texte an Nutzer:innen, bei denen sie davon ausgehen, dass diese Nutzer:innen auf den Text anspringen. Das hat u.a. zur Folge, dass von islamkritischen Texten, die beim hpd erscheinen, sich nicht selten Rechte angezogen fühlen, was man dann deutlich an den Kommentaren in den Sozialen Medien feststellen kann. Ein MIZ-Heft dürfte sich dagegen vermutlich eher selten in die Hände von Rechten verirren. Aber die Rechten bleiben glücklicherweise meistens auch beim hpd nicht lange, wenn sie feststellen, dass die Islamkritik menschenrechtlich und nicht rassistisch begründet ist und dass der hpd auch sonst eher nicht ihrer politischen Ausrichtung entspricht. Aber einige bleiben dann noch eine Weile in den hpd-Kanälen der sozialen Medien, um den hpd zu beschimpfen. Ebenso gibt es evangelikale Trolle, die regelmäßig versuchen, die hpd-Redaktion und die hpd-Leser:innen auf den Weg des Glaubens zurückzuführen. Aber das

ist, wie gesagt, der Funktionsweise der Sozialen Medien geschuldet.

MIZ: Die Printmedien verlieren an Reichweite. Bedient die MIZ ein Segment, in dem es auch zukünftig gedruckte Medien geben wird?

Daniela Wakonigg: Da meine magische Glaskugel gerade defekt ist, fällt mir eine entsprechende Prognose schwer. Aber ich befürchte, dass das eher nicht der Fall sein wird. Da es gerade die junge Generation ist, die zunehmend auf Printmedien verzichtet, fürchte ich fast, dass die MIZ als Printmedium zu wenig Lese-Nachwuchs generieren wird – womit sie in der Medienlandschaft natürlich nicht allein ist.

MIZ: Die MIZ hat eine Webseite mit umfangreichen Archiv- und Suchfunktionen, stellt dort derzeit aber nur einmal im Vierteljahr das aktuelle Heft sowie einige zusätzliche, im Heft nicht abgedruckte kürzere Beiträge ein. Wäre es mit Blick auf die Mediennutzungsgewohnheiten der Zukunft hier sinnvoll, die Publikationsstrategie zu ändern?

Daniela Wakonigg: Definitiv. Ich habe den Eindruck, dass die MIZ gerade den Anschluss an die junge Generation verpasst. Die Online-Präsenz ist unglaublich wichtig, um da am Ball zu bleiben. Und damit meine ich vor allem die permanente Präsenz und den permanenten frischen Input in den Sozialen Medien. Einfach nur alle drei Monate das neue Heft online zu stellen und darüber mit einem kurzen Tweet oder Facebook-Post zu informieren, erreicht nicht zuletzt aufgrund der Verteil-Algorithmus der Sozialen Medien so gut wie keine Leute. Ich denke, die MIZ müsste sich für die digitale Welt komplett neu erfinden. Ich halte das durch-

aus für möglich. Aber es würde einiges an Arbeit erfordern.

MIZ: Wenn die MIZ im 66. Jahr ihres Erscheinens eingestellt werden wird, welche Textsorten und Rubriken können in den *Humanistischen Pressedienst* übernommen werden und welche nicht?

Daniela Wakonigg: Zum einen hoffe ich, dass die MIZ frühestens im 66. Jahr ihres Erscheinens eingestellt werden wird, und zum anderen wage ich keine Aussage darüber, was in zehn, fünfzig oder hundert Jahren sein wird. Vielleicht ist das Säkulare bis dahin so selbstverständlich geworden und hat alle Medien durchdrungen, dass man überhaupt keine eigenständigen deziert säkularen Medien mehr braucht.

Ich würde die Frage nach den kompatiblen Rubriken und Textsorten deshalb lieber vom heutigen Standpunkt aus beantworten: Ich halte die meisten Texte, Textsorten und Rubriken der MIZ für hpd-kompatibel. Die *Internationale Rundschau* gehört nicht dazu, weil der hpd über die in der Rundschau aufgeführten internationalen Ereignisse oft wesentlich aktueller eigenständige Artikel veröffentlicht. Der *Blätterwald* wäre wahrscheinlich zu wenig 'cyberspacig' und Texte, die zu sehr ins Analytische gehen, finden nach meiner Erfahrung im Onlinejournalismus eher nicht so viele Leser:innen. Wobei man überlegen könnte, das als explizite „Analyse“-Rubrik einzuführen, um damit ein spezielles Publikum anzusprechen. Alles andere wäre aus meiner Sicht kein Problem. Aber da diese Fusion ohnehin frühestens in etwas über 600 Jahren stattfindet, müssen wir da ja aktuell noch nicht in die konkrete Planung einsteigen, oder?

Michael Schmidt-Salomon gehörte der MIZ-Redaktion von 1997 bis 2007 an, lange Zeit davon als Chefredakteur.

MIZ: In deiner Zeit als Chefredakteur wurden in der MIZ, die sich ja als politische Zeitschrift definiert, sehr viele grundsätzliche, auch philosophische Fragen erörtert. Lag das an deinen persönlichen Vorlieben oder standen diese Fragen damals einfach an?

MSS: Persönliche Vorlieben haben da sicherlich eine Rolle gespielt, wichtiger aber war, dass die MIZ das Thema „Trennung von Staat und Kirche“ bereits gründlich abgegrast hatte. Es war an der Zeit, die Breite des säkularen Denkens auszuloten und Themen wie „Hedonismus“, „Rationalität“, „Humanismus“, „Aufklärung“ oder „Evolution“ zu behandeln. Zudem machten die Anschläge des 11. September deutlich, dass Religionskritik keineswegs auf Kirchenkritik verengt werden sollte. Aus diesem Grund haben wir den Fundamentalismus in seinen verschiedenen Formen beleuchtet und über Gegenmaßnahmen nachgedacht, weshalb die MIZ die Gründung des „Zentralrats der Ex-Muslime“ eng begleitet hat.

Darüber hinaus zeigte sich schon in den frühen 2000er Jahren, dass sich die Minderheitenposition der Konfessionsfreien immer mehr zu einer Mehrheitsposition entwickeln würde, was eine Neujustierung des säkularen Selbstverständnisses erforderte. In diesem Zusammenhang diskutierten wir über eine Verbreiterung des Angebots an sozialen Dienstleistungen sowie über den Vorschlag eines „Zentralrats der Konfessionsfreien“. Wichtig war auch die Frage, wodurch sich „säkula-



re Kräfte“ in einer zunehmend säkularer werdenden Gesellschaft auszeichnen sollten: Reicht dafür die Abkehr von der Religion aus oder benötigen wir ein positives Bekenntnis zu den Prinzipien von Humanismus und Aufklärung? Schön fand ich dazu unser Heft „Sind Atheist*innen die besseren Menschen?“, in dem ich mich über die „Kriminalgeschichte des Atheismus“ ausließ. Das Cover der Ausgabe zeigte Josef Stalin mit einem Heiligenschein. Das hat heftige Kontroversen ausgelöst, aber der säkularen Szene insgesamt gutgetan.

MIZ: Und welche Fragen siehst du heute, an denen sich eine atheistische Vierteljahresschrift abarbeiten müsste?

MSS: Die Themen haben sich nicht groß verändert, wohl aber die Perspektive, die wir einnehmen sollten. Das hat zwei wesentliche Gründe. Erster Punkt: Religionskritik war traditionell ein linkes bzw. liberales Projekt, das sich gegen die politische Rechte richtete,

welche die „Vermählung von Thron und Altar“ nicht nur aus weltanschaulichen Gründen, sondern auch zum Machterhalt betrieb. Diese Ausrichtung hat sich inzwischen geändert, denn leider sind viele Linke aus falsch verstandenem „Multikulturalismus“ in die Fänge radikaler Islamisten geraten. Einige von ihnen halten es sogar für eine „antifaschistische Aufgabe“, islamische Faschisten zu verteidigen. Für diese „identitären Linken“ ist Religionskritik kein notwendiger Aspekt der Aufklärung, sondern Ausdruck von „fremdenfeindlicher Hetze“, wenn nicht gar von „Rassismus“, was zeigt, wie weit sie sich bereits vom aufklärerischen Denken verabschiedet haben. Hier für ein Umdenken zu sorgen, halte ich für eine zentrale Aufgabe der MIZ.

Der zweite Punkt ist erfreulicher: Als ich 1994 meinen ersten Text für die MIZ schrieb, lag der Bevölkerungsanteil der Konfessionsfreien bei 20 Prozent, seither hat er sich verdoppelt und wird in absehbarer Zeit die 50-Prozent-Marke überschreiten. Mit dieser gesellschaftlichen Entwicklung gehen politische Veränderungen einher. Wir klagen zwar viel – und mit Recht! – über die „Kirchenrepublik Deutschland“, doch wir sollten nicht übersehen, wie viel sich schon geändert hat – auch weil die säkulare Szene besser aufgestellt ist als vor 20 Jahren. Neu geschaffene Organisationen wie der *Humanistische Pressedienst* (hpd), die *Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland* (fowid), das *Institut für Weltanschauungsrecht* (ifw), das *Hans-Albert-Institut*, der *KORSO* oder die *Säkulare Flüchtlingshilfe* tragen dazu bei, dass säkulare Argumente stärker beachtet werden. Sie haben

geholfen, den Missbrauchsskandal, die Kirchenfinanzen und die religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Ohne sie hätte die Sterbehilfekampagne „Mein Ende gehört mir!“ kaum einen so triumphalen Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht feiern können. Hier sollten wir aktiv ansetzen – und das würde ich mir auch von der MIZ erhoffen: Weg vom Lamentieren hin zum Gestalten der Verhältnisse!

MIZ: Heute bist du politisch in erster Linie als Vorstandssprecher der *Giordano-Bruno-Stiftung* aktiv, die unter dem Stichwort „Humanismus“ ein wesentlich breiteres Themenfeld bearbeitet als die MIZ. Würdest du der MIZ mittelfristig eine inhaltliche Ausweitung empfehlen oder führt das eher zu einem Profilverlust?

MSS: In meiner Zeit als MIZ-Chefredakteur haben wir im Grunde schon die gleichen Themen behandelt, die wir heute mit der gbs beackern. Ich habe nicht den Eindruck, dass damals das Profil der MIZ verlorenging, ganz im Gegenteil! Auf längere Sicht sehe ich ohnehin keine vernünftige Alternative zu einer thematischen Öffnung, denn die Menschen in Deutschland interessieren sich immer weniger für die Kirchen – und damit auch immer weniger für Kirchenkritik. Insofern halte ich eine enge Fokussierung auf die Kirchen nicht für zukunftsträchtig – weder für die MIZ noch für die säkularen Verbände: Wer sich an die veränderten sozialen Bedingungen nicht anpasst, wird über kurz oder lang von der Bildfläche verschwinden.

Mythen um Moneten

Sind die Kirchen Opfer der Demokratie?

Der Entwurf eines Grundsatzgesetzes zur Ablösung der Staatsleistungen, den die Fraktionen von FDP, Bündnis90/Die Grünen und der Linken vor über einem Jahr in den Bundestag eingebracht haben, ist Anfang Mai 2021 mit den Stimmen von Union, SPD und AfD abgelehnt worden. Obwohl damit der Verfassungsauftrag, Staat und Kirche in diesem Punkt finanziell zu entflechten, weiterhin unverwirklicht bleibt, äußerten sich säkulare Stimmen zufrieden.

Erstmals in 100 Jahren wurden also ernsthaftere Schritte in Sachen Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen unternommen. Um kirchenfreundlichen und den in den Kirchen in prominenter Stellung aktiven Abgeordneten die Zustimmung zu erleichtern, war eine große Ablösesumme vorgesehen. Als Grundlage der Berechnung sollte das Äquivalenzprinzip dienen, so dass den Kirchen eine „wertgleiche“ Ablösesumme zugekommen wäre. Diese setzte der Gesetzentwurf mit dem 18,6-fachen der im Jahr 2020 zu leistenden Zahlungen an. Da die Staatsleistungen sich derzeit auf jährlich knapp 550 Millionen Euro belaufen, wäre eine Ablösesumme von gut zehn Milliarden Euro angefallen. Als „Entschädigungs“zeitraum waren 20 Jahre vorgesehen; in dieser Zeit hätten die Kirchen neben den Ablösezahlungen auch weiterhin die Staatsleistungen erhalten.

Trotz dieses sehr entgegenkommenen Entwurfes war schon in der ersten Lesung im November 2020 deutlich geworden, dass die Parteien der Großen Koalition nicht gewillt waren, dem

Gesetz zuzustimmen. Hermann Gröhe (CDU) und Lars Castellucci (SPD) betonten damals, dass die Staatsleistungen auf keinen Fall als Privilegien der Kirchen angesehen werden dürften, sondern der Staat einer historischen Pflicht nachkomme. Von den Kirchen vorgegeben und leider durchweg in den Parteien rezipiert, kehrt diese Argumentation die historischen, sehr komplexen Gegebenheiten unter den Tisch und stilisiert die Kirche zu einem „zu entschädigenden“ Opfer der Demokratie. In der Säkularisation von 1803/06 hat jedoch keine „Enteignung“ – schon gar nicht durch Demokraten und „Glaubensfeinde“ – stattgefunden, sondern vielmehr eine Verschiebung feudalistischer Besitzverhältnisse, mit einer Vereinbarung zur Zahlung von Alimenter – eben den vereinbarten Staatsleistungen – an die Kirchen und ihre Fürsten. Die erste Demokratie Deutschlands schaffte 1918 diese Strukturen ab und beschloss damit einhergehend – in einem demokratischen Prozess –, auch das feudalistische Relikt der Staatsleistungen abzulösen.

Die Erben des demokratischen Parlaments der Weimarer Republik

sollten nun also weder so geschichtsblind sein, sich in die Rolle eines „Rechtsnachfolgers“ des Ersten Standes um 1800 zu begeben (absurd genug, dass sie in Sachen Reichskonkordat Rechtsnachfolger des Faschismus wurden) noch sich auf die Selbststilisierung der Kirchen als Opfer einlassen, an die eine „Entschädigung“ für „erlittenes Unrecht“ zu zahlen sei.

Es ist davon auszugehen, dass die kirchennahen Kreise in den Parteien die Ablösung der Staatsleistungen gerne wieder von der Tagesordnung nehmen würden. Der Redebeitrag von Philipp Amthor (CDU) in der aktuellen Bundestagsdebatte, zeigte, welche Strategie sie dabei verfolgen. Zunächst lobt Amthor den Gesetzentwurf der drei Oppositionsparteien, bejaht dann den Verfassungsauftrag, um gleich darauf Hürden aufzustellen: Das Definitionsproblem, was denn überhaupt alles als Staatsleistung zu verstehen sei, müsse noch gelöst werden. Auch über die Höhe des „Ablösefaktors“ müsse nochmal gesprochen werden. Und dann sei ja auch zu berücksichtigen, dass es regional unterschiedliche Belastungen gegeben habe, gerade im Osten Deutschlands, auf die der Staat „flexibel“ reagieren müsse – wohlge-merkt mit dem Ziel die Ablösesumme zu erhöhen.

Interessant an Amthors Rede auch die Aussage, die *Bundesländer* (welche die Ablösesumme zahlen müssten) hätten an einer Ablösung der Staatsleistungen kein Interesse. Ein rhetorischer Trick: Man setzt sich für eine Ablösesumme in Milliardenhöhe ein, spricht dann im Namen der Länder, die sich zu Recht angesichts leerer Kassen zur Zahlung nicht imstande sehen, und lenkt so ab von denen, die in

Vera Muth ist Religionswissenschaftlerin. Von 2012 bis 2014 koordinierte sie die Kampagne *Gegen religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz* (GerDiA). Derzeit arbeitet sie an einem Projekt über die Privilegierung von Religionsgesellschaften.

der Tat und als einzige kein Interesse an einer Ablösung haben, nämlich den Kirchen.

In derselben Sitzung wurde auch der Gesetzentwurf der AfD behandelt (und abgelehnt). Dieser sah ein Ende der Staatsleistungen mit Ablauf des Jahres 2026 ohne darüber hinausgehende Entschädigungszahlung vor. Was auf den ersten Blick wie die Übernahme der Forderung säkularer Verbände auszusehen scheint, entpuppt sich bei genauerer Analyse als innerchristlicher Konflikt. Der kirchenpolitische Sprecher der AfD Volker Münz betonte in seinem Redebeitrag, die Kirchen hätten „eine besondere Stellung in unserem christlich geprägten Land und die sollen sie auch behalten“. Allerdings passt der AfD nicht, in welcher Weise vor allem die evangelischen Kirchen ihre Finanzmittel einsetzen. Die Streichung der Staatsleistungen sieht Münz, der dem freikirchlichen Spektrum nahestehen soll, als Schritt, die Kirchen dazu zu bringen, sich wieder auf ihre Kernaufgaben Verkündigung und Seelsorge zu konzentrieren.

In der säkularen Szene wurde die Ablehnung der Gesetzentwürfe begrüßt. Das *Institut für Weltanschauungsrecht* (ifw) verwies auf „erhebliche Mängel bzgl. Gegenstand der Ablösung, Bemessungsgrundlage, Ablösefaktor, Form der Entschädigung, Verrechnung von Voraus- und Überzahlungen sowie Zeithorizont zur Umsetzung“.

999: Auf Dich kommt es jetzt an!

Die Säkulare Flüchtlingshilfe am Scheideweg



Wir sind weit gekommen. Aber...

Die Säkulare Flüchtlingshilfe e.V. hilft Menschen, die **nicht religiös sind** und darum in ihren Herkunftsländern um ihr Leben fürchten müssen. Unsere Tätigkeit findet von Katar bis in die USA international Beachtung. Als Experten waren wir zu Gast im EU-Parlament. Zudem sind wir regelmäßig Ansprechpartner der Medien. Unsere Arbeit verdeutlicht eindrucksvoll die Gefahr, die von Religion in Kooperation mit Politik ausgeht und wird von politischen Akteuren bis hinauf zur Bundesebene wahrgenommen.

Dieses Standing können wir nutzen, um Forderungen nach religiös motivierten Privilegien *aller* Religionen zu problematisieren – auch die der Kirchen. Wir wollen uns so als **relevantes Gegengewicht zu religiösen Lobbyorganisationen etablieren.**

Der Moment für den Schritt hin zu einer bundesweit bekannten religionsfreien NGO und Interessenvertretung ist da. Doch uns fehlt eine nachhaltige Finanzierung! All unsere bisherigen Aktivitäten wurden ausschließlich über Spenden und ehrenamtlichen Einsatz ermöglicht. Mit diesem Modell ist eine Grenze erreicht – es ist in der jetzigen Größenordnung nicht mehr leistbar. Um uns weiter zu professionalisieren, müssen wir jetzt Stellen einrichten und Menschen für diese Arbeit bezahlen.

Wir sind bereit.

Die Politik ist bereit.

Ist die säkulare Szene es auch?

...jetzt brauchen wir Dich!

Bis zum 9. November 2021 benötigen wir 999 Sponsoren, die uns mit je 10 EUR im Monat unterstützen.

- Mit **666*** Sponsoren können wir zwei Stellen für Projektleitung, Lobbyarbeit und Administration finanzieren
- Mit **999*** Sponsoren können wir zusätzlich eine halbe Stelle für regelmäßige Förder- und Projektanträge und ein Büro finanzieren.

*Wichtig: Wir ziehen Deinen Beitrag erst ein, wenn die Aktion am 9. November 2021 beendet und eines der Ziele erreicht ist!

Fragen zur Lastschrift unter 0221-450 890 32 oder per E-Mail an info@atheist-refugees.com

atheist-refugees.com/999



Keine Revolution

Er gilt als Popstar unter den Religiösen, ein Heiliger ohne Heiligsprechung, ein Revolutionär unter den progressiven Christ_innen. Die Rede ist vom argentinischen Papst Jorge Mario Bergoglio, genannt Papst Franziskus. Bis heute möchten diejenigen, die an einer Reform oder gar Revolution in der katholischen Kirche festhalten, an die Unterstützung Bergoglios glauben. Doch ist Bergoglio tatsächlich der Revolutionär, für den ihn viele halten? Wohl kaum, wenn man dem Vatikankenner und Soziologen Marco Marzano glauben möchte. Ein Revolutionär war Bergoglio in inhaltlichen Fragen der Glaubenslehre nie – dafür gibt es mittlerweile genügend Beispiele. Revolutionär ist für den italienischen Autor wohl aber der Stil, mit dem Bergoglio seine Kirche führt. Das drei Abschnitte umfassende Buch ist ein überaus interessantes und fundiertes Werk, welches diejenigen, die an der Kirche bis heute leiden, wenig Freude bereiten dürfte. Denn es räumt mit dem Mythos der Revolution auf. Stattdessen erklärt und klärt Marzano darüber auf, wie dieser katholische Papst sich auf der Bühne der Inszenierung hat einbinden lassen und die Medien für sich zu nutzen weiß. Die Faust Gottes, die jedem die sprichwörtliche Fresse poliert, der gotteslästerlich daher kommt, ist ein Glücksfall für die Kurie, aber eine Enttäuschung für die um Veränderung bemühte Gläubige.

Marzano, Marco: Die unbewegliche Kirche. Franziskus und die verhinderte Revolution. Herder Verlag, Freiburg 2019. 239 Seiten, gebunden, Euro 22.-, ISBN 978-3-451-38751-7

tapis

Im Juli vergangenen Jahres erschien erstmals eine neue politische Fachzeitschrift. Obwohl sie ein sehr begrenztes Themenfeld in den Fokus nimmt, füllt sie eine Lücke im Diskurs. Denn *tapis* analysiert Aktivitäten und Ideologie der „islamistischen Rechten“. Warum dieser Begriff verwendet wird, erklärt die Redaktion im den Artikeln vorangestellten Grundlagentext „Warum der Kampf gegen den Islamismus ein Kampf gegen Rechts ist“. Während die Kritik der christlichen Rechten für viele selbstverständlich sei, scheuten sich Medien, Parteien oder Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Vereinigungen, beispielsweise die Muslimbruderschaft als rechte Organisation mit islamischem Antlitz einzustufen. Als Grund macht die Redaktion die realen anti-muslimischen Ressentiments aus, wie sie etwa in AfD oder Pegida gepflegt werden. Offenbar falle es vielen schwer zu artikulieren, dass die muslimische Rechte einerseits Opfer der Hetze der rassistischen Rechten und zugleich selbst Gegner eines fortschrittlichen Weltbildes ist.

Die Beiträge befassen sich sowohl mit deutschen als auch internationalen Themen. Ausführlich wird einer der zentralen Akteure der islamischen Rechten in Deutschland untersucht: die Muslimbruderschaft. Dabei wird deutlich, dass es ein Netzwerk von Organisationen gibt, an dessen Rändern Vereine stehen, die bestreiten, mit den Muslimbrüdern zu tun zu haben. Ziel solcher Distanzierung sei jedoch in erster Linie, die Anerkennung staatlicher Stellen und vor allem öffentliche Förderung zu erreichen. Unter der Überschrift „Die Saubermänner an der Saar“ werden Positionen

und Aktivitäten der Muslimischen Gemeinde Saarland zusammengefasst. Ein interessanter Aspekt des Beitrags ist die Rolle des Verfassungsschutzes für die öffentliche Wahrnehmung solcher Gruppierungen. Um die gegenseitigen Einflüsse von Vordenkern der Konservativen Revolution und dem modernen Islamismus geht es in einem Aufsatz, in dessen Mittelpunkt der deutsche Philosoph Martin Heidegger und der iranische Universitätsprofessor Ahmad Fardid stehen. Daneben enthält das Heft kürzere Texte, Kurzmeldungen und Rezensionen.

Die Redaktion vereint sorgfältige Recherche mit dem Mut zu klaren Aussagen (was angesichts der zunehmenden Bemühungen dieses Spektrums, kritische Stellungnahmen auch mit juristischen Mitteln zu unterbinden, nicht hoch genug bewertet werden kann).

tapis. Analysen zur islamistischen Rechten. Juli 2020, 24 Seiten, Euro 4.-, Bezug über: magazin-tapis@posteo.de

Charlie Hebdo

Die Terroranschläge auf die Redaktion von *Charlie Hebdo* von 2015 haben tiefe Spuren hinterlassen, und das sowohl auf der persönlichen wie auf der gesellschaftlichen Ebene. Während auf gesellschaftlicher Ebene über die Gründe und Konsequenzen noch immer diskutiert wird, sind die Überlebenden mit der Bewältigung des Anschlags beschäftigt. Philippe Lançon, Journalist und Literaturkritiker bei *Charlie Hebdo*, schrieb 2018 den hochgelobten Roman *Der Fetzen*, in dem er die Erlebnisse zu verarbeiten sucht. Auch der Zeichner

Luz (mit bürgerlichem Namen: Rénaud Luzier) verarbeitete 2015 in seinem Buch *Katharsis* die Ereignisse – für sich selbst. Er, der aufgrund eines Zufalls nicht zu den Anschlagopfern gehörte, verlor seine Freund*innen und die Fähigkeit zu zeichnen. Luz hat nun ein weiteres Buch mit dem Titel *Wir waren Charlie* vorgelegt. Darin erzählt er nicht irgendeine Geschichte rund um den Anschlag, sondern er erzählt seine Geschichte bei *Charlie Hebdo*. Er habe dieses Buch, so sagte er es vor kurzem in einem Interview, für die geschrieben, die sich mit *Charlie Hebdo* solidarisierten. Sie wollte er teilhaben lassen an den 23 Jahren, die er bei dem Satiremagazin gearbeitet hat. Luz ermöglicht damit nicht nur Einblicke in den Alltag der Redaktion, die vor nichts und niemandem Respekt hatte und offenbar viel Freude und Kreativität miteinander teilte, er lässt zugleich französische Zeitgeschichte Revue passieren. So werden Einblicke in gesellschaftliche Konflikte ermöglicht, die von unschätzbarem Wert sind. Und doch bietet dieses Buch nicht nur ein verklärendes Bild vergangener Tage. Immer wieder werden die schönen Erinnerungen von Albträumen des Zeichners unterbrochen, die nie ganz vergehen werden. Soviel ist sicher: *Wir waren Charlie* ist ein Meisterwerk eines Zeichners, der einst Charlie war und immer Charlie bleiben wird.

Luz: *Wir waren Charlie*. Reprodukt Verlag, Berlin 2019. 320 Seiten, kartoniert, Euro 29.-, ISBN 978-3-95640-193-0

→ www.miz-online.de

Weitere Buchbesprechungen finden sich auf unserer Webseite.

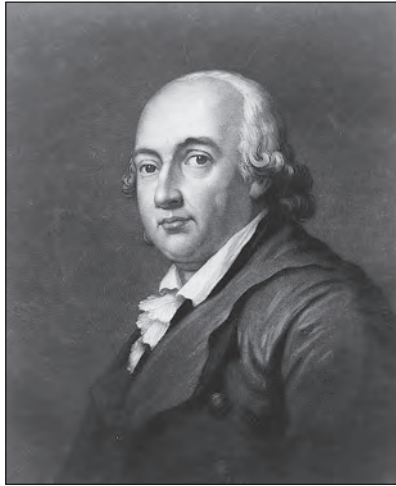
Herder - Wegbereiter des liberalen Protestantismus

Auf den ersten Blick ist es erstaunlich, wie stark die Ideen der Aufklärung von Teilen der lutherischen Kirche im frühen 19. Jahrhundert übernommen wurden, während die katholische Kirche bis zum II. Vatikanischen Konzil (1962-1965) dafür fast völlig taub blieb. Eine bedeutende Rolle bei der Liberalisierung des Protestantismus spielte der Theologe, Dichter und Philosoph Johann Gottfried Herder.

Ursprünglich war Luther, bei aller Kritik an Machtstreben und Pomp der römischen Kirche, bekanntlich selbst äußerst streng dogmatisch, ja fundamentalistisch. Er verurteilte nicht nur Judentum und Islam, sondern auch säkulare Ideen, die in der Epoche des Renaissance-Humanismus durchaus erkennbar waren. Auch Ende des 18. Jahrhunderts war dieser lutherische Ungeist noch spürbar, etwa in Gestalt des Hamburger Hauptpastors Johann Goeze, dessen Stellung heute der eines Regionalbischofs entspricht. Er sorgte für die Verdammung des Pfarrersohnes Gotthold Ephraim Lessing, der sich zum Freigeist entwickelt hatte und mit seinem Schauspiel *Nathan der Weise* erstmals in Deutschland die Werte der Aufklärung explizit auf die Bühne brachte.

Verantwortlich für die Liberalisierung des Protestantismus war aber

nicht Lessing, sondern der weit einflussreichere Johann Gottfried Herder. Er wurde 1744 in eine streng pietistische Familie in Ostpreußen hineingeboren und studierte dann Theologie



in Königsberg, wo er die Vorlesungen des 20 Jahre älteren Immanuel Kant hörte, der sich ebenfalls aus einem sehr religiösen reformierten Elternhaus „herausarbeiten“ musste. Als Herder mit 20 seine Lehrtätigkeit in Riga begann, ließ er sich in die Freimaurerloge aufnehmen. Geprägt vom zeitgenössischen Sturm und

Drang war er offen für Ideen der Aufklärung, was ihn in Konflikt mit Christlich-Konservativen brachte und zum Abschied aus Riga veranlasste. Er reiste nach Frankreich, wo er sich mit den atheistischen Aufklärern Diderot und D'Alembert austauschte. Mit 32 wurde er Generalsuperintendent in Weimar und lernte Goethe und Schiller

kennen. Hier verfasste er sein Hauptwerk *Ideen zur Philosophie in der Geschichte der Menschheit* (1784-1791). Da er vehement den Toleranzgedanken vertrat, wurde er Vordenker eines neuen Verständnisses von Religion. In seinem Spätwerk *Christliche Schriften* (von 1796 bis zu seinem Tod 1803) wandte er sich gegen ein auf Dogmen beruhendes Christentum und propagierte eine auf Vernunft basierende Religion. Biblische Erzählungen seien aus ihrer Zeit heraus zu interpretieren, so seine bei Zeitgenossen durchaus umstrittene Überzeugung.

Libérale und fortschrittliche Kräfte feierten Herders Lebenswerk als Versöhnung von Christentum und Aufklärung, seine Wirkung war bis 1848 enorm. Der Preis dafür war aus traditionalistischer Perspektive allerdings die Relativierung der herkömmlichen christlichen Dogmen. Von Herders Denkweise war es nur noch ein kleiner Sprung bis zu Wilhelm Buschs (vermutlich geklautem) Satz: „Wer in Glaubensdingen seinen Verstand befragt, kriegt nichtchristliche Antworten“. Letztlich bereitete Herder mit seiner rational begründeten „Vernunftreligion“ sowohl die freireligiösen Ideen von abtrünnigen Christen wie dem einst katholischen Priester Johannes Ronge (1813-1887) als auch die historisch-kritische Sichtweise von evangelischen Theologen wie etwa Rudolf Bultmann (1884-1976) vor. Der von 1900 bis zu seinem Tod führende deutschsprachige Theologe Ernst Troeltsch (1865-1923) erkannte – obgleich selbst ein liberaler evangelischer Geist – sehr früh, dass eine weltoffene, wissenschaftlich fundierte Theologie zu einem „sich selbst hinwegsäkularisierenden“ Christentum führen werde.

Gerhard Rampp ist ständiger Mitarbeiter der MIZ. Seit vielen Jahren betreut er die Rubrik *Internationale Rundschau*. In MIZ 4/20 schrieb er über Kirchenfinanzierung auf die linke Tour.

(Die Alternative eines sich fundamentalisierenden Christentums erschien ihm allerdings deutlich schlimmer.)

So gesehen ist Johann Gottfried Herder das Verdienst zuzusprechen, dass er die Ideen und Methoden der Aufklärung in wesentlichen Teilen der „gebildeten Gesellschaft“ des 19. Jahrhunderts salonfähig gemacht hat. Vermutlich unabsichtlich hat er auch den Prozess hin zu einem evolutionären Humanismus vorangetrieben, dessen Früchte wir – zumindest in großen Teilen Europas – seit dem Ende des 20. Jahrhunderts mit der massenweise Abkehr von den etablierten christlichen Vorstellungen ernten.



Die MIZ-Redaktion hat entschieden, die Serie *Aufklärung* nach einem Heft Pause fortzusetzen. Auch in den nächsten Ausgaben werden Beiträge erscheinen, die Leistung und Grenzen der historischen Aufklärung reflektieren und die Wirksamkeit von Aufklärung als Denkmodell untersuchen.

Daniela Wakonigg

Neulich ...

... im Sturmgebet

Hallelujah! Für den Marienmonat Mai ließ Papst Franziskus zu einem Sturmgebet für das Ende der Corona-Pandemie aufrufen. Einen Gebets-Marathon verkündete der Vatikan, an dem jeder mitmachen könne – man brauche nur einen Rosenkranz. Zum Ansporn gab es für die Gläubigen jeden Abend eine Live-Gebetsübertragung aus einem anderen Marienwallfahrtsort auf der ganzen Welt. Ein geschickter Schachzug des Papstes, denn im Mai sanken die Coronazahlen dank der inzwischen verfügbaren Impfstoffe bekanntlich erheblich. Was gläubige Schäfchen aufgrund des schlaun vaticanischen Timings vermutlich auf die Kraft des Gebets zurückführen werden. Der alte Hut vom Unterschied zwischen Korrelation und Kausalität.

Den Plan, Corona durch Gebete zu besiegen, hatte vor einigen Monaten auch Tansanias Präsident John Magufuli. Als christlich fundamentalistischer Corona-Leugner hielt Magufuli die Aussage, dass das Virus gefährlich sei, für eine Verschwörung der WHO, weswegen er in seinem Land keine der gängigen Coronaschutzmaßnahmen erließ. Auch Impfstoffe bestellte er nicht für Tansania, da er deren Wirkung in Zweifel zog. Beten war nach Ansicht Magufulis das einzige, was gegen Corona hilft. Magufuli persönlich half das Beten allerdings nicht. Ebenso wie andere Politiker aus seinem Umfeld starb Magufuli im März 2021 nach kurzer Krankheit recht unerwartet. Dass sein Tod durch Covid verursacht wur-

de, wollte die Regierung jedoch nicht bestätigen.

Die Ereignisse offenbaren einen deutlichen qualitativen Unterschied zwischen der seit Jahrhunderten erprobten PR-Maschinerie des Katholizismus und individuellem christlichem Fundamentalismus der Prägung Magufulis. Während Magufuli tatsächlich allein auf das Gebet vertraute, setzte der Vatikan neben dem Gottglauben sicherheitshalber auch auf die Wissenschaft. Schon im Januar hatte man dort mit einer groß angelegten Impfkampagne begonnen. Doch während man im Vatikan dem Gebet ganz offensichtlich nicht mehr ohne Sicherungsseil vertraut, weiß man dort auch haargenau, wie man den eigenen Schäfchen die Wirksamkeit des Gebets trotzdem erfolgreich verkaufen kann: Man muss einfach nur zum richtigen Zeitpunkt zum Gebet aufrufen. Als die Coronazahlen stiegen und noch kein Impfstoff in Sicht war, war aus dem Vatikan kein Aufruf zum Sturmgebet zu hören. Gott bewahre! Ein Sturmgebet bei steigenden Infektionszahlen hätte nur allzu deutlich die Unwirksamkeit des Betens belegt und die Schäfchen vielleicht gar ins Grübeln gebracht. Die von Magufuli gewählte Strategie war dagegen wesentlich stümperhafter: Er untersagte einfach die Veröffentlichung der Coronainfektionszahlen seines Landes. Nett gedacht, doch wenn die Menschen reihenweise krepieren, vielleicht doch nicht wirklich überzeugend.

Proteste in Köln

Gleich zweimal kam es im ersten Quartal in Köln zu Protesten gegen die Haltung der katholischen Kirche zu den zahlreichen Fällen sexuellen Missbrauchs. Organisiert wurden die Aktionen von einem Bündnis von Betroffeneninitiativen und der *Giordano-Bruno-Stiftung* (gbs).

Im Februar, während der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, war auf der Kölner Domplatte eine Großskulptur von Jacques Tilly zu sehen, der „Eichelbischof“. Diese zeigte einen kirchlichen Würdenträger mit einer Mithra in Form einer Peniseichel. Auf dem Bischofsgewand war zu lesen: „Das Kernproblem der katholischen Kirche“. Tatsächlich stieß der Protest auf große Medienresonanz. Auf einer Pressekonferenz erhob Matthias Katsch die Forderung nach einer unabhängigen Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission, da in den existierenden Betroffenenbeiräten eine Kommunikation auf Augenhöhe zwischen Opfern und Kirchenvertretern nicht möglich sei.

Einige Wochen später stand wieder eine Figur vor dem Kölner Dom: der „Hängemattenbischof“. Anlässlich der Vorstellung des zweiten Gutachtens zum sexuellen Missbrauch im Erzbistum Köln sollte die Skulptur daran erinnern, dass die Kirche bislang eher untätig geblieben war und wenig zur Aufklärung der Verbrechen beigetragen hatte. Betroffenenvertreter äußerten zudem Zweifel, ob den Gutachtern überhaupt alle Akten zugänglich gemacht

worden seien. Das Vertrauen in die Bereitschaft der Kirche, den Skandal aufzuarbeiten, sei nach den Jahren fortdauernder Vertuschung zerstört. David Farago (gbs) verwies darauf, dass eigentlich auch ein Staatsanwalt in der Hängematte liegen müsste. Denn obwohl den Staatsanwaltschaften seit 2018 bekannt gewesen sei, dass auch in Kirchenarchiven Belege für Straftaten zu finden sein könnten, sei nicht in einem einzigen Fall eine Durchsuchung erfolgt.

Gegen Kirchensteuereinzug

Silvia Kortmann, Landesvorsitzende des *Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA) Berlin-Brandenburg, hat eine Online-Petition für die Abschaffung des staatlichen Kirchensteuereinzugs eingerichtet. Auf openpetition.de kann noch bis Mitte August dafür unterzeichnet werden, dass zukünftig niemand mehr dem Arbeitgeber gegenüber Angaben über die eigene religiöse Einstellung machen muss. Die derzeit herrschende Praxis wird als Verstoß gegen das Verfassungsgebot, dass niemand gezwungen sein soll, „seine religiöse Überzeugung zu offenbaren“, gesehen.

Die Petition verweist auch auf die Problematik, dass innerkirchliche Rituale (Taufe) als Begründung einer Mitgliedschaft angesehen werden, während ein Kirchenaustritt mit bürokratischen Hürden und Kosten verbunden ist. Zudem verpflichte der Staat Arbeitgeber und Banken, „unentgeltliche Inkassoleistungen für die Kirchen zu erbringen, indem sie die Kirchensteuer berechnen und an die Empfänger abführen müssen“. Eine

gesetzliche Neuregelung erscheint auch deshalb als notwendig, weil die heute noch gültige Rechtsprechung sich auf gesellschaftliche Verhältnisse bezieht, die keinen Bestand mehr haben: „Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1978 ist es in Ordnung, das Grundrecht, seine Konfession nicht zu offenbaren, aus ‚Zweckmäßigkeitsgründen‘ einzuschränken. Es ist fragwürdig, ob sich diese einseitig religionsfreundliche und datenschutzfeindliche Sicht heute noch aufrechterhalten lässt“, heißt es in der Begründung der Petition.

Wer die Forderung, dass staatliche Stellen weder die Kirchensteuern einziehen noch die Kirchenaustritte verwalten sollen, in den Bundestag bringen möchte, sollte die Petition unterschreiben und sie bekannt machen.

<https://www.openpetition.de/petition/online/abschaffung-des-staatlichen-kirchensteuer-einzugs>

Free Mubarak Bala

Der *Humanistische Verband Deutschland* (HVD) hat am 28. April daran erinnert, dass der nigerianische Menschenrechtsaktivist und Präsident der *Humanist Association of Nigeria* Mubarak Bala seit einem Jahr in Haft sitzt, ohne dass bislang offiziell Anklage erhoben worden wäre. In einem Offenen Brief an den Gouverneur des nigerianischen Bundesstaates Kano, wo Bala inhaftiert ist, fordert der HVD dessen sofortige Freilassung.

Mubarak Bala war im April verhaftet worden, nachdem muslimische Anwälte wegen eines Facebook-Posts, mit dem der Prophet Mohammed beleidigt worden sein soll, Anzeige erstat-

tet hatten (vgl. MIZ 3/20). Monatelang war unklar, ob Bala überhaupt noch am Leben ist. Auch als ein Richter des Federal High Court in Abuja die andauernde Inhaftierung von Bala für illegal erklärte und seine sofortige Freilassung gegen Kautionsanordnung anordnete, wurde dies von den lokalen Behörden nicht umgesetzt.

Von Teilen der islamischen Öffentlichkeit wird Bala, der sich vor einigen Jahren vom Islam losgesagt hat, Blasphemie vorgeworfen, was im Bundesstaat Kano mit der Todesstrafe geahndet werden kann. Der HVD sowie 50 weitere humanistische und atheistische Organisationen, die den Offenen Brief mitunterzeichnet haben, betonen dagegen, „dass Herr Bala nur deshalb belangt wird, weil er sein Recht auf Glaubensfreiheit und freie Meinungsäußerung wahrnimmt, wie es in der nigerianischen Verfassung und in internationalen und regionalen Abkommen Nigerias verankert ist“.

Studienförderwerk

Nach langjähriger Vorbereitung haben der *Humanistische Verband Deutschlands* (HVD), die *Giordano-Bruno-Stiftung* (gbs), die *Humanistische Akademie Deutschland* (HAD) und die *Bundesarbeitsgemeinschaft humanistischer Studierender* (BAG) das *Bertha von Suttner-Studienwerk* gegründet. Damit sollen nun auch humanistische Studentinnen und Studenten sich um eine Förderung auf weltanschaulicher Grundlage bewerben können.

Derzeit gibt es dreizehn Studienwerke, die durch das Bildungsministerium für Bildung und Forschung finanziert werden, vier davon sind

religiös ausgerichtet. Die Gründung des *Bertha von Suttner-Studienwerkes* ist ein erster Schritt, für die humanistische Weltanschauung hier eine Gleichstellung zu erreichen. Ab Herbst 2021 sollen zehn Stipendien pro Jahr vergeben werden. Die finanzielle Unterstützung liegt zunächst bei 300 Euro pro Monat, daneben sollen die Stipendiat_innen auch ideell gefördert werden. Mittelfristig wird angestrebt, dieselben staatlichen Zuwendungen zu erhalten wie parteinahe und religiös ausgerichtete Studienwerke, um so eine höhere Förderung bieten zu können.

Zu den Fördervoraussetzungen gehört (neben guten Noten) die Identifikation mit humanistischen Werten und politisches Engagement. Bewerber_innen sollten „danach streben, die Verhältnisse des menschlichen Lebens und Zusammenlebens zu verbessern“. Zu den Leitmotiven des Studienwerkes gehört es, „einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken“. Dafür setzt der Trägerverein auf Dialog, denn „nur im fairen, kritisch-rationalen und empathischen Austausch“ seien wir in der Lage, „von anderen zu lernen, lieb gewonnene Ansichten zu hinterfragen und gemeinsam unser Verständnis der Welt zu verbessern“.

HVD verlässt KORSO

Der *Humanistische Verband Deutschland* (HVD) verlässt den *Koordinierungsrat säkularer Organisationen* (KORSO). Dies hat der Delegiertenrat des HVD Ende März beschlossen. Hintergrund sind Bestrebungen, den KORSO stärker als Lobbyorganisation für säkulare

Interessen aufzustellen. Hier fürchtet der HVD falsch wahrgenommen zu werden. Die Übereinstimmungen seien „nicht ausreichend substanziell“, um erfolgreich Lobbyarbeit zu betreiben, erklärte HVD-Vorstandssprecher Erwin Kress. In den zurückliegenden Jahren der Zusammenarbeit habe sich gezeigt, dass „die unterschiedlichen Betonungen und Interessensgegensätze“ nicht aufzuheben waren. Dass der HVD mit konfliktfreudig vorgetragener Religionskritik ebenso Probleme hatte wie mit konsequent laizistischen Politikvorstellungen, war stets ein offenes Geheimnis.

Der Vorsitzende des KORSO Rainer Rosenzweig bedauerte den Schritt des HVD. Er sieht die zugrundeliegenden Annahmen als nicht gerechtfertigt an und betont die gemeinsamen Interessen: „Ich sehe die Verantwortung des KORSO darin, säkulare Anliegen wie Gleichbehandlung, weltanschauliche Neutralität des Staates und den Respekt vor den Interessen nichtreligiöser Menschen einzufordern und gegenüber Medien, Politik und Gesellschaft stark zu machen. Dafür brauchen wir starke säkulare Organisationen und eine breite Akzeptanz im säkularen Bereich auch jenseits der Verbände.“

Auf der Verlautbarungsebene bemühen sich beide Seiten um Schadensbegrenzung. In Zukunft soll es eine „strategische Partnerschaft“ geben. Katrin Raczynski aus dem HVD-Bundesvorstand sagte gegenüber dem *Humanistischen Pressedienst*, „dass wir die Vielfalt der Standpunkte und Überzeugungen anerkennen und aushalten, im Gespräch bleiben und ein Bild für eine übergreifende Strategie

erarbeiten, die je Organisation ganz unterschiedliche Ausgangspunkte hat“, halte sie für wichtig. In welchem organisatorischen Rahmen eine solche Zusammenarbeit stattfinden wird, ist noch nicht bekannt.

Religionsunterricht

Der *Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA), Landesverband Berlin-Brandenburg, hat sich dagegen ausgesprochen, den Religionsunterricht in Berlin weiterhin aus der Staatskasse zu bezahlen. „Wenn die Kirchen Glauben verbreiten wollen, dann mit eigenem Personal, auf eigene Kosten und in eigenen Räumen. Die Steuergelder sollten besser in die Vermittlung von wissenschaftlich haltbaren Lerninhalten investiert werden“, erklärte Landessprecherin Silvia Kortmann.

Die Pressemitteilung erfolgte anlässlich der Veröffentlichung von Finanzdaten des Erzbistums Berlin. Dabei zeigte sich, dass das Bistum sein Vermögen im Geschäftsjahr 2019 um 56 Millionen Euro steigern konnte (auf 811 Mio. Euro). Aus dem Haushaltsplan für 2021 geht hervor, dass für den Religionsunterricht an Berliner staatlichen Schulen 5,6 Millionen Euro und für Schulen in katholischer Trägerschaft 19 Millionen Euro ausgegeben werden sollen. Das Land Berlin gibt für den katholische Religionsunterricht neun Millionen Euro aus – die Kirche trägt also weniger als 40% der Kosten (bei den katholischen Schulen sind es nur etwa 20%, hier erhält die Kirche über 75 Mio. Euro).

Angesichts der Zahlen fordert der IBKA Berlin-Brandenburg die Finan-

zierung an die Kirche zu übertragen. „Die Vermehrung des kirchlichen Reichtums kann nicht die Aufgabe eines demokratischen, neutralen Staates sein“, kommentiert Silvia Kortmann.

Tag der Befreiung als Feiertag

Der *Bund für Geistesfreiheit* (bfg) München schlägt eine Änderung bei den Feiertagen vor. In Zukunft soll stärker berücksichtigt werden, dass wir heute in einer säkularen Demokratie leben. Es sei nicht mehr zeitgemäß, dass in Bayern zehn von 13 Feiertagen christliche Wurzeln haben – zumal die entsprechenden Kirchenfeste ohnehin fast niemand mehr feiere. So solle Christi Himmelfahrt als gesetzlicher Feiertag ersetzt werden durch den 8. Mai.

„Der 8. Mai 1945 hat die Gewalt Herrschaft der Nationalsozialisten beendet. Darüber sollten wir auch heute noch dankbar sein und an diesem Tag innehalten, die Befreier würdigen und der Opfer gedenken. Der 8. Mai 1945 ist mit Sicherheit einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigste Tag in der (Vor-)Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.“ Gerade angesichts des Wiederstarkens nationalistischen und antisemitischen Gedankenguts in der Gesellschaft könne ein solcher Feiertag ein wichtiges Zeichen setzen, erläutert der bfg-Vorsitzende Michael Wladarsch.

Als weitere mögliche säkulare Feiertage brachte der bfg den 8. November (der Tag, an dem 1918 Kurt Eisner in Bayern die Republik ausrief) oder den 10. Dezember (der Tag, an dem 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde) ins Spiel.

Politischer Islam

Mitte April führte der *Düsseldorfer Aufklärungsdienst* (DA!) einen YouTube-Vortrag zum Thema „Politischer Islam – Düsseldorfer Organisationen und Netzwerke“ durch, der größeres Aufsehen erregte. Die Bloggerin Sigrid Herrmann-Marschall ging dabei vor allem auf den Dachverband *Kreis der Düsseldorfer Muslime* (KDDM) ein. Diesem war wenige Wochen vorher vom Düsseldorfer Stadtrat auf Antrag von CDU und Bündnis90/Die Grünen eine jährliche Förderung in Höhe von 70.000 Euro für eine Koordinierungsstelle zugesprochen worden.

Der KDDM vereint laut Vereins-Wiki 26 Moscheen und Organisationen und nimmt für sich in Anspruch, die Hälfte der Düsseldorfer Muslim_innen zu repräsentieren. Möglicherweise sind diese Daten jedoch veraltet, denn auf der Webseite des *Kreises* ist keine Mitgliederliste zu finden; wie es heißt, werden solche Angaben seit 2018 nicht mehr veröffentlicht, nicht einmal die Landesregierung wisse über die Mitgliedsverbände Bescheid. Warum die Stadt Düsseldorf eine solch intransparente Organisation mit Finanzmitteln ausstattet, wäre eine Debatte wert.

Sigrid Herrmann-Marschall geht davon aus, dass das Schweigen des KDDM über seine Mitgliedsorganisationen eine Reaktion auf ihre Veröffentlichungen ist. Seit 2017 habe sie mehrfach in Publikationen islamistische Bezüge einzelner KDDM-Mitglieder detailliert belegt. Der *Kreis* selbst wird von der Landesregierung nicht als extremistisch eingestuft. Allerdings seien bei insgesamt acht KDDM-Mit-

gliedsorganisationen extremistische Bezüge festgestellt worden (die im Vereins-Wiki genannten Zahlen zugrundegelegt, beträfe diese Einschätzung also über ein Viertel der Mitglieder).

Die Referentin sieht hier die Gefahr, über die „Blackbox“ KDDM indirekt die islamische Rechte mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Sie stelle nicht die Bemühungen des KDDM zur Integration oder zum interreligiösen Dialog in Frage. Sie sehe aber kritisch, „dass es ein erschreckend hoher Anteil ist, wenn gleich ein Viertel seiner Mitgliedsverbände bereits durch radikale Bezüge aufgefallen sind. Hier sind der Verfassungsschutz sowie ich selbst ganz offensichtlich unabhängig voneinander zur selben Einschätzung gelangt. Und vor dem Hintergrund der Förderung mit öffentlichen Geldern muss das diskutiert werden dürfen. Denn Vereine mit radikalen Bezügen, die hier oftmals auch antisemitischer und israelfeindlicher Art sind, dürfen nicht öffentlich gefördert werden, auch nicht indirekt. Und man darf auch nicht vergessen, dass solange all dies nicht diskutiert und nicht darauf reagiert wird, damit auch immer jene drei Viertel KDDM-Mitglieder in Mitleidenschaft gezogen werden, die keine radikalen oder antisemitischen Bezüge haben.“

Nachdem es bereits im Vorfeld der Veranstaltung Bemühungen gegeben hatte, Sigrid Herrmann-Marschall in die rechte Ecke zu stellen, reagierte der KDDM nach dem Vortrag mit einer „Aufklärung geht anders“ betitelten Richtigstellung. Wer diese und den dazugehörigen „Faktencheck“ genau liest, wird feststellen, dass weit-

gehend die rhetorische Strategie des „Strohmanns“ eingesetzt wird: Der KDDM verteidigt sich gegen Vorwürfe, die in dieser Form niemand erhoben hat. Dabei geht es manchmal um Details in den Formulierungen. So betont der Dachverband, es sei „falsch, wenn acht Mitglieder des KDDM als extremistisch bezeichnet werden“. Die Referentin hatte dies jedoch auch nicht behauptet, sondern die Einschätzung des Verfassungsschutzes angeführt, dass bei acht Mitgliedern „extremistische Bezüge“ festgestellt werden könnten.

Tonfall und rhetorische Strategie des KDDM deuten darauf hin, dass es dem *Kreis* in erster Linie darum geht, die öffentliche Debatte möglichst klein zu halten, um die staatliche Unterstützung nicht zu gefährden. Als nächstes muss der DA! wohl mit Post von den Anwälten des KDDM rechnen. Der Alibri Verlag jedenfalls erhielt vor zwei Jahren ein Schreiben, in dem „Rechtsmittel“ angedroht wurden, weil der KDDM annahm, in einem noch nicht erschienenen Buch könnte über ihn berichtet werden.

Zum Tod von Martin Wagner

Am 27. Januar 2021, kurz nach seinem 68. Geburtstag, starb unerwartet Martin Wagner.

Martin war ein säkulares Urgestein in Frankfurt. Vor gut zehn Jahren rief er den Frankfurter Gottlosenstammtisch ins Leben und initiierte die Gründung des IBKA Landesverbands Hessen, dessen erster Vorsitzender er seitdem war. Katholisch sozialisiert, wollte er zunächst tatsächlich eine kirchliche Laufbahn einschlagen – erklärter Berufswunsch: Bischof. Mit



dem Interesse für die Theologie der Befreiung und für die Frauen wuchsen die Zweifel. Und so wurde aus dem Katholiken bald ein überzeugter Atheist. Als unverdrossener Streiter für die säkulare Sache suchte er den Dialog mit den Parteien und gründete den Arbeitskreis „Ethik für alle“, der sich für einen übergreifenden Ethikunterricht und die Abschaffung des Religionsunterrichts einsetzte. Martin war lebensfroh, streitbar, manchmal unbequem, dabei immer ehrlich und voller Leidenschaft. Was er tat, tat er aus voller Überzeugung und mit ganzem Herzen.

Was kann die Erweiterte Evolutionäre Synthese leisten?

Teil 1: Grundsätzliche Klärungen zum Thema Evolutionstheorien

Schon seit Urzeiten hat sich die Menschheit Gedanken darüber gemacht, wie es zu der Vielfalt der Organismen auf der Erde gekommen ist. Zunächst gab es dazu Erklärungsversuche auf religiöser Grundlage, die im Rahmen metaphysischer Spekulationen blieben. In unserem Kulturkreis war die biblische Botschaft vorherrschend: In der Gegenwart finden wir die unveränderlichen Arten so, wie sie Gott erschaffen hat. Beobachtungen auf Entdeckungsreisen in alle Welt und parallel dazu die Erkenntnis, dass Fossilien die Reste ehemaliger Lebensformen darstellen, führten dazu, dass diese Vorstellung vermehrt bestritten wurde.

Daraufhin entstand die Idee einer Entwicklung der Arten im Laufe der Erdgeschichte. Unter 'Evolution' versteht man zunächst einen historischen Prozess: Irgendwann entstanden die ersten Lebewesen, aus denen sich im Lauf der Zeit die Lebensformen entwickelten, die wir entweder als Fossilien oder als heute noch lebende Organismen kennen. Die verwandtschaftlichen Zusammenhänge, also welche Lebewesen sich aus welchen Vorfahren entwickelten, werden in Form von Stammbäumen dargestellt. Diesen Zweig der Evolutionsforschung bezeichnet man auch als Deszendenzlehre. Die Stammbäume können allerdings nur die historischen Zusammenhänge und Verwandtschaften beschreiben. Sie liefern keinerlei Erklärungen dafür, wie die Entwicklung zustande gekommen ist.

Evolutionstheorien hingegen sind kausale Erklärungen für den konkreten Ablauf der Evolution. Wie kann überhaupt etwas Neues entstehen?

Jede Evolutionstheorie muss zwei Phänomene erklären können: einerseits die Anpassung von Organismen an ihre Lebensbedingungen (Adaptation) und andererseits die Entwicklung neuer Lebensformen (Weiterentwicklung). Bei der Adaptation werden meist schon bestehende Einrichtungen optimiert (beispielsweise wird das Fell dichter, wenn das Klima kälter wird). Im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Lebensformen entstehen hingegen oft neue Strukturen, die es bisher noch nicht gab (Säugetiere, die sich aus Reptilien entwickelten, haben z.B. Haare, welche bei Reptilien nicht vorkommen).

Während hinsichtlich der gemeinsamen Abstammung der Lebewesen innerhalb der Fachwelt praktisch nur noch Detailfragen zu klären sind, sind die konkreten Mechanismen des Artenwandels immer noch heftig umstritten. Im Laufe der Zeit wurden verschiedene Ansätze entwickelt, die genau diese Vorgänge erklären soll-

Thomas Waschke, geboren 1954, Studium der Biologie, Chemie und Informatik. Lehrer am Wilhelm von Oranien Gymnasium in Dillenburg. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen Kreationismus und Intelligent Design.

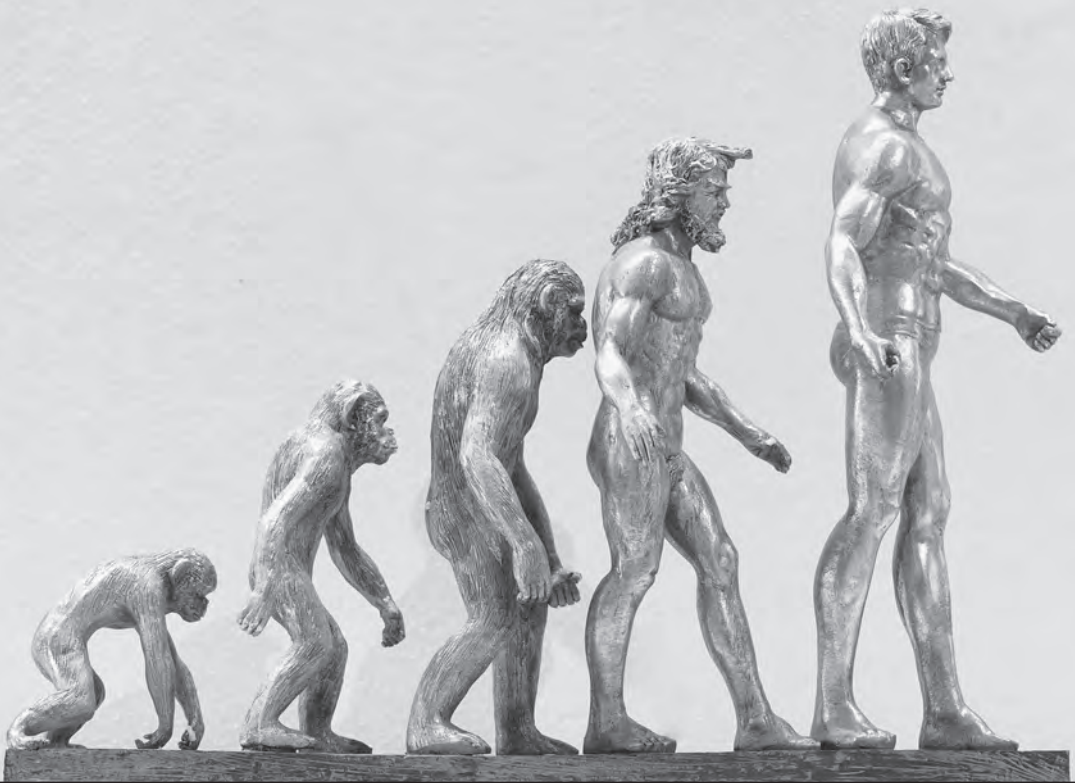
In der MIZ erscheint, zeitgleich zu diesem Artikel, die Rezension eines Buches, in welchem eine neue Evolutionstheorie beschrieben wird, die sogenannte 'Erweiterte Evolutionäre Synthese'. Diese Theorie erhebt gemäß deren Vertretern den Anspruch, den aktuellen Standard auf dem Gebiet der Evolutionsbiologie zu erweitern oder gar abzulösen, was einer echten Revolution in den Naturwissenschaften entsprechen würde. Diese auf drei Folgen angelegte Artikelserie soll Ihnen helfen zu beurteilen, ob das wirklich so ist. In Teil 1 erfahren Sie, was Evolutionstheorien auszeichnet bzw. was sie erklären können müssen. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Theorie, die auf der Basis der Darwinschen Selektionstheorie die Grundlage des aktuellen Standards bildet. Im letzten Teil wird die neu aufgestellte Theorie im Hinblick darauf überprüft, was sie Neues und Bedeutendes gegenüber dem aktuellen Standard bringt.

ten. Bisher konnte aber keine dieser Evolutionstheorien alle Fragen beantworten, so dass es auch heute noch keinen unumstrittenen 'Standard' gibt. Innerhalb der Fachwelt hat sich allerdings die als 'Moderne Synthese' bezeichnete Evolutionstheorie weitgehend durchgesetzt. Die neueste Konkurrenz, eben die 'Erweiterte Synthese', hat aber durchaus das Potenzial, auch für Nicht-Spezialisten interessant zu werden.

Auf einige der angesprochenen Theorien wird noch näher eingegangen. Hier soll zunächst dargestellt werden, nach welchen Kriterien man Evolutionstheorien beurteilen kann bzw. welche Ansprüche man an sie stellen muss.

Etwas vereinfacht sind es im Grunde drei Kriterien, die eine 'erfolgreiche' Theorie erfüllen muss. Zunächst müssen aus ihr abgeleitete Aussagen anhand von wissenschaftlichen Methoden (Beobachtungen, Experimente usw.) überprüfbar sein. Reine Spekulationen haben keinen wissenschaftlichen Wert. Jeder solcher Belege erhöht die Glaubwürdigkeit und damit die Bedeutung einer Theorie. Zweitens sollten die Erklärungen möglichst weitreichend (erklärungsmächtig) sein. Eine Theorie, die nur einen ganz kleinen Ausschnitt des Problems beleuchtet, hat einen geringeren Stellenwert als eine solche, die eine Fülle von Phänomenen erklären kann. Daraus folgt auch das dritte Kriterium, welches einfordert, dass möglichst viele Teilbereiche der Wissenschaft vernetzt werden können. Da Evolution ein großes, komplexes Gebiet ist, spielen Ergebnisse aus unterschiedlichen Fachwissenschaften dabei eine Rolle. Beispielsweise sind Befunde aus der Embryologie, der Genetik, der Biogeographie, der vergleichenden Anatomie, der Ethologie usw. miteinander zu verbinden. Hierbei dürfen sich keine Widersprüche ergeben.

Wie man sieht, sind die Ansprüche an eine 'echte' Evolutionstheorie hoch. Im Laufe der Wissenschaftsgeschichte sind dennoch immer wieder konkurrierende Theorien entstanden, die im Spiegel der jeweiligen Zeit bzw. bezogen auf den wissenschaftlichen Erkenntnisstand durchaus den oben beschriebenen Kriterien entsprochen haben. Dabei wurden manche Evolutionstheorien unabhängig voneinander aufgestellt (z.B. die Theorien von Lamarck und Darwin), und manche bauten aufeinander auf oder stellten Erweiterungen dar (z.B. die



Darstellung der Evolution des Menschen – während hinsichtlich der gemeinsamen Abstammung der Lebewesen nur noch Detailfragen zu klären sind, sind die konkreten Mechanismen der Evolution noch umstritten. (Fotos: © pixabay.com)

Selektionstheorie von Darwin und die Moderne Synthese). Eine solche Erweiterung kann sich so weit von der ursprünglichen Theorie entfernen, dass sie irgendwann zu einer selbstständigen Theorie wird.

Dieser stete Wechsel ist erklärbar. Da einerseits immer neue Entdeckungen gemacht werden oder aber alte Befunde durch eine neue Sicht anders eingeschätzt werden, verändert sich auch der Stellenwert von Theorien. Manchmal werden wie aus dem Nichts neue Theorien entwickelt. Manchmal existieren mehrere davon gleichzeitig. Manchmal gelten Theorien aus Sicht der Wissenschaft als widerlegt, und trotzdem werden später Elemente davon wieder aufgenommen.

Wissenschaftsgeschichtlich ist der Wandel die Normalität.

Diese eher allgemein gehaltenen Aussagen sollen nun im Folgenden an Beispielen konkretisiert werden. Dabei beschränke ich mich auf die wichtigsten Evolutionstheorien bzw. auf solche, die zur Einschätzung der neuesten Theorie, der 'Erweiterten Synthese', notwendig sind. Beginnen wir zunächst mit einem Forscher, der in der Öffentlichkeit schon längst als widerlegt gilt. Man wird sehen, dass dies eine zu vereinfachte Sicht ist. Die Rede ist von Jean Baptiste de Lamarck.

Lamarck publizierte die erste relativ konsistente mechanistische Vorstellung, wie eine Evolution abgelaufen sein könnte, im Geburtsjahr Darwins



Hat die Giraffe einen langen Hals, weil sich ihre Vorfahren nach Blättern in hohen Bäumen strecken mussten?
(Fotos: © pixabay.com)

(1809) in seinem Buch *Philosophie zoologique, ou, Exposition des considérations relative à l'histoire naturelle des animaux*.¹ Lamarck ging davon aus, dass ständig (also auch noch aktuell) primitive einzellige Lebewesen durch Urzeugung entstehen, die aufgrund eines inneren Bildungstriebes danach streben, sich höher zu entwickeln. Sie schlagen immer dieselbe Entwicklungslinie ein, die vom Einzeller über diverse einfache Organismen schließlich zu den Wirbeltieren führt. Dabei werden aus Fischen Amphibien, aus Amphibien Reptilien usw. und schließlich der Mensch. Da die Arten dieses Veränderungsprozesses aber auch heute noch existieren, entstammen sie jeweils entsprechend später begonnenen Entwicklungslinien.

Dieser Bildungstrieb ist in der lebendigen Materie angelegt.

Zudem sehen sich die Lebensformen mit herausfordernden Ansprüchen ihrer Umwelt konfrontiert. Die Organismen entwickeln dazu aktiv in kleinen Schritten Anpassungen, indem sie, getrieben durch ein Bedürfnis, beispielsweise nach Nahrung, bestimmte Organe entweder mehr oder weniger nutzen. Dadurch werden diese Organe verstärkt (beispielsweise der Hals der Giraffen, die durch das Bedürfnis, Blätter weiter oben an Gewächsen zu erlangen, den Hals streckten) oder geschwächt (beispielsweise die Augen bei Höhlenfischen, die in ständiger Dunkelheit leben). Die jeweiligen Anpassungen werden an die Nachkommen vererbt. Auf

der anderen Seite entstehen neue Lebensformen ohne Rücksicht auf die Lebensbedingungen. Die Ursachen für beide Formen der Veränderungen liegen letztlich in den Organismen. Nach der Theorie Lamarcks werden physiologische Anpassungen von Organismen zu evolutionären Anpassungen der Art. Derartige Evolutionstheorien werden als 'internalistisch' bezeichnet, weil den Lebewesen innewohnende Faktoren die Evolution bestimmen.

Wissenschaftstheoretisch kann man Lamarcks Theorie durch ihre Eigenschaften charakterisieren. Die Theorie ist zunächst gradualistisch, weil die Entwicklung in vielen kleinen Stufen erfolgt, die Formen gehen relativ kontinuierlich ineinander über. Zudem ist sie dualistisch in dem Sinn, dass es zwei verschiedene Mechanismen für die Höherentwicklung und für die Anpassung gibt. Die Evolution hat eine klare Richtung: die Weiterentwicklung zu höheren Stufen. Derartige Theorien bezeichnet man als teleologisch, weil die Entwicklung auf ein Ziel (*telos*) hin erfolgt. Zentral für Lamarcks Theorie der Anpassung ist die Rolle des Organismus als Akteur: Die Lebewesen verändern sich und geben ihre erworbenen Eigenschaften an ihre Nachkommen weiter.

Grundsätzlich wies Lamarcks Theorie ein schwerwiegendes konzeptionelles Problem auf: Beobachtbar war bestenfalls die Anpassung. Der wichtigere Teil, eben die Weiterentwicklung, musste als gegeben hingenommen werden, nämlich durch die Eigenschaften der lebenden Materie bedingt, und konnte prinzipiell nicht empirisch getestet werden. Damit widerspricht seine Theorie dem Kriterium der Prüfbarkeit.

Lamarcks Theorie erregte in seiner Zeit kein größeres Aufsehen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Der wichtigste war wohl, dass die Tatsache einer Evolution überhaupt damals noch stark umstritten war. Zudem war Lamarck nicht in die Gemeinde der Wissenschaftler integriert. Lamarck erwähnte in seinem Buch zwar Kollegen, aber immer nur, um sich von diesen abzugrenzen. Lamarck gelang es daher nicht, eine Synthese verschiedener Auffassungen zu formulieren. Damit erfüllte er nicht das Kriterium der Vernetzbarkeit.

Unter der Voraussetzung, dass seine nicht überprüfbaren Prämissen stimmen, könnte man Lamarck ggfs. konzedieren, dass seine Evolutionstheorie immerhin das Kriterium der Erklärungsmächtigkeit erfüllt, denn sie war im Prinzip auf alle Tiere anwendbar und erklärte deren Evolution. Allerdings, wie schon im Titel seines Werks deutlich wird, ließ Lamarck die Pflanzenwelt völlig außen vor.

Lamarck hatte wissenschaftshistorisch daher zunächst nur wenig Bedeutung. Dennoch ist Lamarcks Theorie immer noch relevant, denn einige Elemente werden inzwischen wieder in moderne Theorien eingebaut (dazu mehr in Teil 3 dieser Serie).

Anmerkungen

- 1 de Lamarck, Jean-Baptiste: Philosophie zoologique, ou, Exposition des considérations relative à l'histoire naturelle des animaux (dt.: Zoologische Philosophie. Leipzig 1909), Paris 1809.

Internationale Rundschau

Europa

Europäische Union

(5406) **Brüssel.** Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass EU-Staaten rituelles Schächten ohne Betäubung der Tiere verbieten dürfen. Jüdische und muslimische Verbände hatten gegen ein flämisches Dekret geklagt, das die rituelle Schlachtung von Tieren ohne vorherige Betäubung untersagt.

Strenggläubige Juden und Muslime sind der Auffassung, dass sie nur Fleisch von vollständig ausgebluteten Tieren essen dürfen, weil die religiösen Schriften des Judentums und des Islam dies so vorschreiben. Ein vollständiges Ausbluten kann jedoch nur erreicht werden, wenn dem Tier ohne vorherige Betäubung und bei vollem Bewusstsein die Kehle mit den entsprechenden Blutgefäßen durchgeschnitten wird. Durch Schmerz und Angst schlägt das Herz des Tiers im Todeskampf schneller und befördert so mehr Blut aus dem Körper. Dieses „Schächten“ ist seit Jahrzehnten umstritten.

Das Gericht stellte fest, dass das flämische Dekret zwar das Grundrecht der Religionsfreiheit einschränkt, jedoch auch, „dass dieser Eingriff einer von der Union anerkannten, dem Gemeinwohl dienenden Zielsetzung entspricht, nämlich der Förderung des Wohlergehens der Tiere“. (*Humanistischer Pressedienst*, 18.12.20)

Deutschland

(5407) **Münster.** Die *Türkisch-Islamische Gemeinde (Ditib)* darf in Oer-Erkenschwick per Lautsprecher zum Gebet aufrufen, was die Kommune schon vor fünf Jahren erlaubt hatte. Das Oberverwaltungsgericht für NRW hat nun eine Beschwerde von Bürgern abgewiesen, die sich in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt sahen. Die vorsitzende Richterin meinte: „Jede Gesellschaft muss akzeptieren, dass man mitbekommt, dass andere ihren Glauben ausleben.“ Eine „erhebliche Belästigung“ sei nicht gegeben, da das klagende Ehepaar 900 m entfernt wohnt und daher offenbar auch keine Ruhestörung reklamiert hatte. (*Süddeutsche Zeitung*, 24.9.20)

Anm. MIZ-Red.: Dem Stadtplan zufolge liegt die Moschee in einem Industrieviertel.

(5408) **München.** Von den mittelalterlichen Judensau-Darstellungen gibt es bundesweit noch etwa 30, davon allein zehn in Bayern, teilte das Büro des bayerischen Antisemitismusbeauftragten mit. Was es nicht mitteilte: Fast alle befinden sich an Kirchen, wo der Antijudaismus bis 1933 auch seine Heimstatt hatte. Die bekanntesten Darstellungen befinden sich am Regensburger Dom und an der Nürnberger Sebalduskirche. (*Süddeutsche Zeitung*, 21.11.20)

(5409) **Bremen.** Der evangelikale Pastor der Bremer Sankt-Martini-Gemeinde, Olaf Latzel, wurde wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt, die zu einer Geldstrafe von 8100 Euro umgewandelt wurde (AZ: 96 Ds 225 Js 26577/20). Er hatte laut Gericht in

einem auf Youtube verbreiteten „biblischen Eheseminar“ zum Hass gegen Homosexuelle angestachelt. Seine Gemeinde steht weiter zu ihm und will gegen die vorläufige Dienstenthebung Widerspruch beim Kirchenausschuss der Bremer Evangelischen Kirche einlegen. In der Vergangenheit hatten einflussreiche Politiker der fundamentalistischen Gemeinde Aufträge im Sozialbereich zugeschanzt, die weitgehend von der öffentlichen Hand finanziert wurden. (*Süddeutsche Zeitung*, 26.11. u. 22.12.20)

(5410) **Berlin.** Markus Grübel (CDU), Bundestagsabgeordneter und „Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit“, hat im Zweiten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit festgestellt, dass in mehr als 70 Staaten „menschenrechtswidrige Blasphemiegesetze“ gelten. Sie dienen dazu, „religiöse Minderheiten zu diskriminieren und die Meinungsfreiheit einzuschränken“. Zu diesen Staaten gehört allerdings auch Deutschland, wo ein Blasphemiegesetz dazu dient, die Meinungs- und Kunstfreiheit einzuschränken, wenn religiöse Fundamentalisten dies wünschen.

Dies nahm der *Koordinationsrat der Säkularen Organisationen (KORSO)* zum Anlass, die Abschaffung des „Religionsbeschimpfungsparagrafen“ 166 StGB zu fordern. Das Hauptargument: Wer sich durch religionskritische Äußerungen beleidigt fühlt, kann selbst als Kläger aktiv werden, aber der Staat sollte Neutralität üben und sich unparteiisch verhalten. Das *Institut für Weltanschauungsrecht (IFW)* schrieb dazu: „Der Schutz vor Beschimpfung und der Schutz des öffentlichen Friedens erscheint durch

die Straftatbestände der Beleidigung (§ 185 StGB), der üblen Nachrede (§ 186 StGB), der Verleumdung (§ 187 StGB) und der Volksverhetzung (§ 130 StGB) ausreichend. Die Vorstellung, religiöse oder weltanschauliche Bekenntnisse, Personen oder Gruppen benötigten einen über die §§ 130, 185, 186, 187 StGB hinausgehenden Schutz, erscheint nicht mehr zeitgemäß. § 166 StGB ist daher entbehrlich und kann aufgehoben werden.“

Besonders grotesk wirkt sich diese Bestimmung bei Menschen aus, die auf Grund von Blasphemievorwürfen aus islamischen Staaten geflohen sind, und nun von Islamisten in Deutschland mit Blasphemievorwürfen bedroht werden, was zu lebensgefährlichen Folgen für die Betroffenen führen kann, wenn nach einer Verurteilung die Abschiebung droht. (*Humanistischer Pressedienst*, 1.12.20)

(5411) **Münster.** Die erste wirklich unabhängige Untersuchung von kirchlichem Missbrauch brachte in der Diözese Münster ein vernichtendes Zwischenergebnis, denn erstmals nahmen nicht Juristen, sondern vier Historiker und eine Ethnologin das bischöfliche Geheimarchiv unter die Lupe. Demnach handelt es sich (bisher) um etwa 300 Opfer sexueller priesterlicher Gewalt, die beim ersten Übergriff im Durchschnitt elf Jahre alt waren. Die etwa 200 Priester und Diakone, die als Beschuldigte gelten, konnten sich durchweg des Schutzes ihrer Bischöfe Höffner (1962-1969), Tenhumberg (1969-1979) und Lettmann (1980-2008) sicher sein, denn sie hätten Priester als Mitbrüder gesehen, denen ihre Sünden zu vergeben seien. Ihnen und ihren Generalvikaren bescheinigten die Autoren der Studie ein „inten-

sives Leitungs- und Kontrollversagen“. Die Bistumsleitung habe von vielen Taten gewusst, aber auch bei Intensiv- und Langzeittättern nach dem Modell des „schweigenden Arrangements“ verfahren. Täter seien von kirchennahen Psychiatern begutachtet, vorübergehend in Kuren geschickt und dann wieder in der „Seelsorge“ eingesetzt worden. Im Einzelfall habe der Staatsanwalt mit dem Generalvikar telefoniert und dann auf Strafverfolgung verzichtet. Die meisten Betroffenen wagten erst nach 2010 sich zu outen, weil sie vorher meinten, ihnen werde nicht geglaubt und ihre Familien könnten innerkirchlich in Ungnade fallen. (*Süddeutsche Zeitung*, 3.12.20)

(5412) **Berlin.** Das sogenannte „House of One“, ein Gebetshaus, das die drei Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam unter einem Dach zusammenbringen soll, wird überwiegend vom Staat finanziert. Die Kosten des Projekts belaufen sich nach Angaben der Träger auf 47,2 Millionen Euro. Davon finanziert der Bund 20 Millionen Euro. Weitere zehn Millionen sagte das Land Berlin zu. Noch 2021 soll der Grundstein gelegt werden. (*Vatican News*, 9.12.20)

(5413) **Würzburg.** Die Diözese Würzburg muss vier ihrer zehn Tagungs- und Weiterbildungshäuser schließen oder an andere Träger abgeben. Als Anlass dienen die coronabedingten Einnahmeausfälle, doch spielen auch die geringere Katholikenzahl und das nachlassende innerkirchliche Interesse eine Rolle. (*Süddeutsche Zeitung*, 11.12.20)

(5414) **Speyer/Darmstadt.** Bei der Aufklärung kirchlicher Missbrauchsfälle kommen immer mehr neue Varianten ans Licht. So geht aus einem Urteil des Sozialgerichts Darmstadt vom Mai 2020 hervor, dass Ordensschwwestern in Speyer mehreren Geistlichen über viele Jahre hinweg Heimkinder zum sexuellen Missbrauch zugeführt haben. Unter den Verbrechern befindet sich auch ein 1998 verstorbener Generalvikar (also Stellvertreter des Bischofs) der Diözese Speyer. Öffentlich gemacht hat den Skandal nun der aktuelle Speyerer Bischof Wiesemann in einem Interview mit seiner Kirchenzeitung *Pilger*, während sich seine Vorgänger unisono in Schweigen und Vertuschung geübt hatten.

Das Darmstädter Urteil beschreibt über viele Seiten die dramatische Kindheit eines 1957 geborenen Mainzers aus prekären Verhältnissen. Dieser war mit fünfeinhalb Jahren im Speyerer Kinderheim der Niederbronner Schwestern gelandet. Die Zeit in der Engelsingasse nennt er eine „Zeit des ständigen Missbrauchs“. Hochgerechnet 1000 Mal sei er vergewaltigt worden. Angefangen habe der Missbrauch, als er mit zehn oder elf Jahren Ministrant im Speyerer Kaiserdom war. Die betroffenen Niederbronner Schwestern haben unterdessen eine Aufklärung der Vorwürfe zugesichert – nachdem ihnen sowieso nichts anderes mehr übrig geblieben war. Bisher meldeten sich vier betroffene ehemalige Insassen des Kinderheims, doch gehen Experten von einer erheblichen Dunkelziffer aus. (*KNA*, 11.12.20)

(5415) **Fulda.** Nicht nur die Kirchen waren Weihnachten oft leer. Auch in den Kollektenkörbchen landete sehr viel weniger als sonst. Nach den Erfahrungen in der Bischofsstadt Fulda brachen die Einnahmen um 86 Prozent ein. Als Ursache wurde neben dem deutlich geringeren Gottesdienstbesuch der Vertrauensverlust infolge der Missbrauchsvertuschungen durch Bischöfe und den Vatikan erwähnt. Auf den kirchlichen Hinweis, dass dann auch weniger Geld für Hilfsbedürftige zur Verfügung stehe, folgte vor allem von kirchlichen und nichtreligiösen Jugendorganisationen die Aufforderung, die Kirchen mögen dafür einen größeren Zuschuss aus ihrem Vermögen leisten. (MDR aktuell, 23.12.20)

(5416) **München.** Nach einem ersten Überblick gab es 2020 zwar etwas weniger Kirchenglieder als 2019 (auch weil die Standesämter und Amtsgerichte coronabedingt kürzer geöffnet waren), aber insgesamt blieb der Rückgang bei Kirchenmitgliedern erheblich. In München nahm die Einwohnerzahl um 2000 zu, die Zahl der Katholiken aber um 13.500 (minus 3,1 %) und die der Protestanten um 5000 ab (minus 3,0 %). Ende 2020 waren genau 29,10 % katholisch (minus 0,90 %) und 10,40 % evangelisch (minus 0,33 %). Bleibt die Schwundrate konstant, wird sich die Kirchenmitgliederzahl binnen 22 Jahren halbieren. Experten gehen davon aus, dass dies auch für andere Ballungszentren gilt, nicht aber für das Hinterland. Für das Bundesgebiet insgesamt ist mit einer Halbwertszeit von gut 30 Jahren zu rechnen. (Recherchen der MIZ-Redaktion, 15.1.21)

Frankreich

(5417) **Lourdes.** Die Pandemie stürzt den Marienwallfahrtsort Lourdes in finanzielle Nöte. Der kleine Ort in den südfranzösischen Pyrenäen lebt mit seinen 13.000 Einwohnern und 15.000 Hotelbetten – nach Paris den zweitmeisten aller französischen Kommunen – weitestgehend vom Pilgertourismus.

Während der Ort sonst sehr gut von Übernachtungen und dem Devotionalienhandel lebt, wird das Defizit für das laufende Jahr auf 4,5 Millionen Euro veranschlagt. Grund dafür ist der Ausfall von über neunzig Prozent der Wallfahrten. Derzeit betreten täglich nur um die dreißig Menschen die Grotte von Massabielle, in der 1858 angeblich Maria dem Hirtenmädchen Bernadette Soubirous erschienen sein soll. Sonst sind es mehrere Millionen im Jahr. Im Frühjahr blieb der Heilige Bezirk in Lourdes, zu dem außer der Grotte auch zwei Basiliken gehören, zum ersten Mal in der Geschichte mehr als sechzig Tage lang geschlossen. (*La Croix*, 20.11.20)

(5418) **Paris/Montauban.** Die französische Kirchenhierarchie reagierte abweisend auf Corona-Beschränkungen der Regierung, obwohl diese sogar weniger strikt ausfielen als bei allen anderen. Präsident Macron hatte in einer TV-Ansprache Lockerungen für die Weihnachtszeit angekündigt und öffentliche Gottesdienste wieder zugelassen, allerdings nur mit einer Obergrenze von dreißig Personen. Neben Protesten anderer Oberhirten rief der Bischof von Montauban die Gläubigen sogar dazu auf, die Kirchen zu besetzen und die staatlichen Regelungen bewusst zu missachten. Christliche Journalisten erhoben den Vorwurf, Paris schre-

cke vor „Sonderregelungen für die Christen“ zurück und wolle ihnen im Vergleich zu anderen religiösen Richtungen nicht weiter entgegenkommen. Die Forderung nach einer Sonderbehandlung zeigte Wirkung: Auf den Anruf des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Bischof Eric de Moulins-Beaufort, im Elysée-Palast hin versprach Präsident Emmanuel Macron noch einmal nachzubessern. (*Télé 5*, 23.11.20; *La Croix*, 26.11.20; *Vatican News*, 26.11.20)

(5419) **Paris.** Obwohl die katholische Kirche den Suizid als Todsünde betrachtet, haben sich in den vergangenen vier Jahren in Frankreich sieben Priester das Leben genommen. Das veranlasste die Bischofskonferenz zu einer eigenen Erhebung über den Gesundheitszustand der Priester. Befragt wurden gut 6300 Priester im Alter unter 75 Jahren, das sind rund 42 Prozent des französischen katholischen Klerus.

Dabei gaben rund 40 Prozent einen Alkoholmissbrauch zu – deutlich mehr als alle Experten erwartet hatten. Überdies ist jeder Fünfte von Depression betroffen, ein erheblicher Anteil der Priester beklagte Isolation und Einsamkeit. Mehr als die Hälfte der Befragten lebt allein. (*sir* [katholischer Informationsdienst], 27.11.20)

Anm. *MIZ*-Red.: Lohnenswert wäre, den eigentlichen Gründen für die priesterlichen Depressionen auf die Spur zu kommen. Nicht wenige Kleriker wenden sich nämlich in jungen Jahren diesem Beruf zu in der Meinung, den Menschen die Wahrheit zu verkünden. Später bemerken sie oft genug, dass

auch die Kirchen nicht Tatsachen, sondern Meinungen und Vermutungen verkünden. Zweifel am Sinn ihres Berufs und spätere Depression sind die logische Folge. Hinzu kommt, dass ein Berufswechsel kaum möglich ist, denn was ein Priester in der Ausbildung lernt, ist außerhalb der Kirche nur zu einem ganz geringen Teil brauchbar.

(5420) **Paris.** Erzbischof Ventura, ehemaliger vatikanischer Gesandter in Paris, wurde zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Er wurde von mehreren Männern der sexuellen Nötigung beschuldigt, hatte aber stets seine Unschuld erklärt. Darüber hinaus muss er 13.000 Euro an die Opfer und 9000 Euro an Prozesskosten zahlen. (*Vatican News*, 17.12.20)

Österreich

(5421) **Wien.** Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat die Regelung aufgehoben, wonach Beihilfe zum Suizid strafbar ist. Der Straftatbestand der „Hilfeleistung zum Selbstmord“ verstoße gegen das Recht auf Selbstbestimmung. Die Aufhebung des bisherigen Verbots tritt allerdings erst zum Jahresanfang 2022 in Kraft. Bis dahin muss eine neue gesetzliche Regelung vorliegen.

Für die Aufhebung des Suizid-beihilfe-Verbots maßgeblich war laut Gerichtspräsident Grabenwarter das aus der Verfassung abgeleitete Recht auf Selbstbestimmung. Dieses umfasse „sowohl das Recht auf die Gestaltung des Lebens als auch das Recht auf ein menschenwürdiges Sterben“. Die Entscheidung des Einzelnen, ob und aus welchen Gründen er sein Leben in

Würde beenden wolle, hänge von seinen Überzeugungen und Vorstellungen ab und liege in seiner Autonomie. Auch das Recht, die Hilfe eines dazu bereiten Dritten in Anspruch zu nehmen, gehöre zu dieser Selbstbestimmung. Dem Verfassungsgerichtshof zufolge ist es unerheblich, ob ein Patient im Rahmen einer medizinischen Behandlung oder einer Patientenverfügung lebenserhaltende medizinische Maßnahmen ablehnt oder ob ein Suizidwilliger mit Hilfe eines Dritten sein Leben beenden will. In jedem der beiden Fälle sei vielmehr entscheidend, dass der oder die Kranke die jeweilige Entscheidung frei und selbstbestimmt treffe.

Das am 11. Dezember ergangene Urteil führte erwartungsgemäß zu heftiger Kritik der katholischen Kirche, auch wenn „Tötung auf Verlangen“ in Österreich verboten bleibt. Für die katholische Bischofskonferenz ist das Urteil ein „Kulturbruch mit dem bisherigen bedingungslosen Schutz des Menschen am Lebensende“. Ihr Vorsitzender, der Salzburger Erzbischof Lackner, sparte auch nicht mit Polemik. Mit dem Satz „Jeder Mensch in Österreich konnte bislang davon ausgehen, dass sein Leben als bedingungslos wertvoll erachtet wird – bis zu seinem natürlichen Tod“ unterstellte er, dass das Leben eines selbstbestimmt sterbenden Menschen als weniger wertvoll angesehen wird. Bei Freidenkern, anderen säkularen Gruppen und einem erheblichen Teil der Bevölkerung löste das Urteil hingegen Zustimmung aus, weil es das Meinungsmonopol der Kirchen zugunsten der individuellen Autonomie beendet. (Pressemitteilung des Verfassungsgerichtshofs vom 11.12.20; *Kathpress*, 12.12.20)

(5422) **Wien.** Das Kopftuchverbot an Grundschulen ist vom Verfassungsgerichtshof gekippt worden. Es verstöße gegen das Gleichheitsgebot, weil es eine Religion, den Islam, ohne nähere Begründung herausgreife, während die jüdische Kippa oder die Patka der Sikhs nicht verboten seien. Dies widerspreche dem Gebot der religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Staates. (*Süddeutsche Zeitung*, 12.12.20)

(5423) **Wien.** Ungewöhnlich schnell präsentierte die katholische Kirche ihre Jahresstatistik 2020. Die Kirchenaustritte gingen (auch coronabedingt) von 67.794 auf 58.525 zurück, allerdings sanken auch die Eintritte von 4.898 auf 3.807. Die Katholikenzahl insgesamt sank von 4,98 auf 4,91 Millionen. Die Zahl der sonntäglichen Messbesucher und der Priester ging wie schon in den Vorjahren leicht zurück; konkrete Zahlen wurden nicht genannt. Die Zahl der Taufen wurde nur für 2019 präsentiert. Sie nahm deutlich von 47.312 im Jahr 2018 auf 44.977 ab, ebenso die Zahl der kirchlichen Trauungen (9842 gegenüber 11.155 in 2018).

Die Einnahmen aus Kirchenbeiträgen (entspricht der deutschen Kirchensteuer) stiegen 2019 trotz gesunkener Mitgliederzahlen von 474 (2018) auf knapp 481 Millionen Euro. Die staatlichen Subventionen, offiziell begründet mit „Abgeltung von Schäden aus dem Nationalsozialismus“, machten 50,2 Millionen Euro und somit rund 8 Prozent der kirchlichen Einnahmen aus. Die restlichen 106,5 Millionen Euro (= 16,7 % der Einnahmen) stammen aus der Vermögensverwaltung, aus Vermietungen, Leistungen, Subventionen und sonstigen Erträgen. (*kathpress*, 13.1.21)

Polen

(5424) **Kalisz.** Der Papst hat den Rücktritt von Bischof Edward Janiak angenommen – aber erst, nachdem dieser in die öffentliche Kritik geriet. Der Bischof steht im Mittelpunkt des Dokumentarfilms *Das Versteckspiel*. Dort wird Janiak beschuldigt, nichts gegen einen Priester unternommen zu haben, der Kinder sexuell missbraucht hat – obwohl deren Eltern Janiak schon 2016 darüber informiert hatten.

Weder der Heilige Stuhl noch die polnischen Bischöfe denken aber daran, den Bischof oder den mutmaßlichen Sexualverbrecher rechtlich zu belangen oder eine strafrechtliche Aufarbeitung des Falls zu betreiben. Ihr Bestreben geht offensichtlich dahin, die Berichterstattung und damit den Imageschaden für die Kirche möglichst klein zu halten. (*Vatican News*, 17.11.20; *KNA*, 17.10.20)

(5425) **Lodz.** Der heißeste Corona-Hotspot Polens befindet sich in der Bischofskonferenz. Binnen zehn Tagen wurden 13 Bischöfe positiv auf das Virus SARS-CoV-2 getestet. Da zusätzlich mehrere Mitarbeiter der Kurie betroffen waren, wird vermutet, dass das Virus bei der Vollversammlung der Bischofskonferenz am 5. und 6. Oktober in Lodz übertragen wurde. Dort hatten sich die mehr als 80 Bischöfe u.a. zu Beginn ihres Treffens ohne Mund-Nase-Schutz für ein Gruppenfoto dicht nebeneinander gestellt. In wie vielen Fällen ihr allerhöchster Chef ein Ticket für eine vorzeitige Himmelfahrt gewährte, blieb bei Redaktionsschluss noch offen. (*KNA*, 19.10.20; *kathpress*, 21.10.20)

(5426) **Warschau.** Eine breite Mehrheit der Polen hat der katholischen Kirche in ihrem Land in einer Umfrage ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Rund zwei Drittel (65,7 Prozent) sind der Meinung, die Kirche spiele eine negative Rolle im öffentlichen Leben, wie eine Erhebung des Meinungsforschungsinstituts *United Surveys* im Auftrag der Zeitung *Dziennik Gazeta Prawna* und des Radiosenders *RMF* ergab. Nur 27,4 Prozent sehen die Kirche positiv. Selbst bei den praktizierenden Katholiken bewertete eine knappe Mehrheit die Rolle der katholischen Kirche im öffentlichen Leben negativ. Die Wähler rechtsnationalistischen Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit (PiS)* sind hingegen zu 69 Prozent mit der Kirche zufrieden.

Der Politologe Antoni Dudek sprach gegenüber der Zeitung von einer „tiefen Krise“ der Kirche. Diese sei über die Jahre immer größer geworden. Als Gründe hierfür nannte er Vertuschung von Verstrickungen mit dem ehemaligen kommunistischen Geheimdienst, Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch, mangelnde Bescheidenheit von Geistlichen sowie Verbindungen von Priestern mit der Regierungspartei *PiS*.

Das Institut *United Surveys* hatte 1000 repräsentativ ausgewählte Polen befragt. 88 Prozent der Bürger des Landes gehören laut dem staatlichen Statistikamt der katholischen Kirche an. (*KNA*, 4.11.20)

Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kam zwei Monate später das staatliche Meinungsforschungsinstitut *CBOS*. Das Institut befragte für seine aktuelle Studie von Ende November bis Anfang

Dezember 1010 erwachsene Polen. 47 Prozent waren der Ansicht, die Kirche mache ihre Arbeit schlecht, 41 Prozent äußerten sich positiv. Das Institut stellte damit erstmals seit 1993 mehr Unzufriedenheit als Zufriedenheit mit der Kirche in der Gesellschaft fest. In Polen wird die katholische Kirche gegenwärtig wegen Missbrauchsskandalen und ihrer Forderung nach einem totalen Abtreibungsverbot massiv kritisiert. Im September hatten sich in einer *CBOS*-Umfrage noch 49 Prozent mit der Arbeit der Kirche zufrieden und 41 Prozent unzufrieden gezeigt. Ende 1989 – nach dem Ende des kommunistischen Regimes – hatten fast 90 Prozent der Polen die Arbeit der Kirche laut *CBOS* positiv bewertet. Gut drei Jahre später, waren es nur noch knapp 40 Prozent, der bislang niedrigste Wert. Seit 1995 sahen meist zwischen 50 und 70 Prozent die Arbeit als „definitiv gut“ oder „eher gut“ an. (diverse polnische Medien, 19.12.20; *KNA*, 20.12.20)

(5427) **Danzig.** Ein Berufungsgericht hat zwei katholische Diözesen rechtskräftig zu einer hohen Entschädigungszahlung an ein Missbrauchsoffer verurteilt. Die Bistümer Breslau und Bromberg scheiterten mit ihrer Beschwerde gegen ein Urteil vom Februar 2020, das sie gemeinsam zur Zahlung von umgerechnet etwa 67.000 Euro verpflichtet. Das Gericht gab in dem Zivilprozess dem auf Entschädigung klagenden Mann Recht, der 2009 als 14-Jähriger von einem Pfarrer missbraucht wurde. „Die Bischöfe wussten von der Pädophilie ihres Priesters“, begründete die vorsitzende Richterin die rechtskräftige Entscheidung. Trotzdem hätten sie ihn nicht suspendiert, sondern ihn nur von Pfarrei zu Pfarrei ver-

setzt. Inzwischen sitzt der Täter eine siebenjährige Freiheitsstrafe ab.

Polens Bischöfe lehnen bisher alle Schadensersatzzahlungen an Missbrauchsoffer ab, die über die Übernahme von Therapiekosten hinausgehen. (*KNA*, 4.12.20)

Schweiz

(5428) **St. Gallen.** Noch nie sind in der Schweiz so viele Katholiken aus der Kirche ausgetreten wie 2019, nämlich 31.772. Dabei wurde bereits 2018 mit 25.366 Austritten ein Rekord erreicht. 2017 lag die Zahl der Austritte noch bei 19.893.

Laut einer Analyse des katholischen *Schweizerischen Pastoralsoziologischen Instituts (SPI)* in St. Gallen spielte eine Häufung kritischer Themen eine Rolle. 2019 wurde bekannt: Nicht nur Kinder und Jugendliche werden durch Kirchenleute missbraucht, sondern auch Ordensfrauen. Zudem bekam die Kritik an der Diskriminierung der Frau 2018 mit dem Austritt prominenter Katholikinnen und dem Frauenkirchenstreik 2019 neuen Aufwind.

Immerhin fällt in der jetzt veröffentlichten Statistik ein neuer Trend auf: Mehr Mitglieder zwischen 51 und 65 Jahren kehren der Kirche den Rücken. Im Kanton Zürich entfielen auf diese Altersgruppe 2011 nur 16, 2019 hingegen schon 24 Prozent. Die meisten Austretenden seien zwischen 25 und 35 Jahre alt, teilt das *SPI* mit. „Sie fällen diesen Entscheid, wenn zum ersten Mal die Kirchensteuer fällig wird. Wir fragen uns nun, ob jetzt die Eltern von ihren Kindern lernen und die Hemmschwelle auch bei den Älteren wegfällt.“

Vor allem in der Deutschschweiz nahmen die Kirchaustritte durchweg zu. Die romanischen Kantone Genf,

Wallis, Neuenburg und Waadt verzeichneten hingegen kaum Austritte, weil es dort keine Kirchensteuer gibt und das Motiv des Geldsparens entfällt. Spitzenreiter in absoluten Zahlen ist der Kanton Zürich (7044), gefolgt vom Aargau (4672), von St. Gallen (3393) und Luzern (3280). Wenig Austritte gab es in den ländlich-katholisch geprägten Kantonen Obwalden (273), Nidwalden (265) und Uri (256), in denen z.B. auch das Frauenwahlrecht erst vor wenigen Jahren eingeführt wurde. Bei der Austrittsquote (bezogen auf 100 Katholiken) liegt Basel-Stadt mit 4,9 Prozent einsam an der Spitze, gefolgt von Aargau und Solothurn mit 2,2 bzw. 2,1 Prozent. Am anderen Ende der Skala stehen Appenzell-Innerrhoden (0,5 Prozent), der Kanton Jura (0,8 Prozent) oder Uri (0,9 Prozent).

Die hohen Austrittszahlen werfen auch innerkirchlich die Frage auf, ob der Kirchenaustritt in der breiten Bevölkerung an sozialer Akzeptanz gewinnt. Der *SPI*-Chef kann sich vorstellen, dass ein Austritt irgendwann vielerorts keinen besonderen Schritt mehr darstellt. „Im Kanton Basel-Stadt sind 50 Prozent der Bevölkerung konfessionslos. Das Normale ist dort jetzt schon die Nicht-Zugehörigkeit.“ (*cath.ch*, 19.11.20)

(5429) **Lugano.** Ein früherer Generalvikar des Bistums Lugano steht im dringenden Verdacht, in seiner Wohnung zwölf Jahre lang eine Frau gefangen gehalten zu haben. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Tessin hat gegen den Geistlichen ein Strafverfahren eröffnet. Die Kantonspolizei bestätigte, dass dem katholischen Priester Entführung,

Nötigung und Körperverletzung gegenüber einer 48 Jahre alten Frau vorgeworfen werde. Details veröffentlichten die Behörden angesichts der „besonderen Sensibilität der Angelegenheit“ nicht.

Das Bistum Lugano bestätigte die Ermittlungen gegen einen Priester und betonte, in dem Fall seien „keine Minderjährigen involviert“. Weitere Angaben verweigerte die Diözese. Verschiedene Medien zeigten sich verwundert, dass anderen Klerikern sowie leitenden Mitarbeitern des Bistums angeblich nie etwas aufgefallen sein soll. (*Blick*, 21.11.20; *kath.ch*, 23.11.20)

(5430) **Bern.** Der Schweizer Bundesrat beschloss am 8. Dezember wegen der Corona-Pandemie zahlreiche Einschränkungen und untersagte jede Form von Kulturveranstaltungen und öffentlichen Versammlungen. Davon ausgenommen waren einzig „religiöse Feiern sowie Versammlungen“.

Die Freidenker-Vereinigung der Schweiz kritisierte diese Ungleichbehandlung und erinnerte daran, dass gerade Gottesdienste schon mehrfach Auslöser von massenhaften Corona-Ansteckungen wurden. Präsident Andreas Kyriacou betonte: „Es ist reine Willkür, dass ein Konzert oder ein Treffen Gleichgesinnter stattfinden darf, wenn es als religiöse Feier deklariert wird, in allen andern Fällen aber verboten wird. Der Bundesrat muss alle gesellschaftlichen Akteure gleichermaßen in die Pflicht nehmen, eben auch die Religionsgemeinschaften.“ (*Humanistischer Pressedienst*, 11.12.20)

Spanien

(5431) **Madrid.** Das spanische Parlament hat eine weitreichende Straßlosigkeit von Sterbehilfe auf den Weg gebracht. Mit 198 zu 138 Stimmen votierte das Parlament überraschend deutlich für eine Freigabe der „Tötung auf Verlangen“, die bisher nur in den Benelux-Ländern erlaubt ist. Nur die christdemokratische Partei- und die Rechtsextremisten von der Partei *Vox* stimmten dagegen. Die katholischen Bischöfe meinten, das Gesetz untergrabe das (angebliche) Staatsziel der „Verteidigung des Lebens“ und provoziere einen „moralischen Bruch“. Außerdem beklagten sie, dass das Gesetz so schnell über die Bühne gegangen und nicht genügend Beratungszeit eingeräumt worden sei. Dem hielt die Parlamentsmehrheit entgegen, dass die Diskussion seit zwei Jahrzehnten auf allen Ebenen der Öffentlichkeit ausgiebig geführt worden sei. Für das Inkrafttreten muss nur noch der Senat dem Gesetz zustimmen. (*Vatican News*, 12. und 18.12.20)

Tschechien

(5432) **Prag.** Zur Bekämpfung des Corona-Virus sind in der Tschechischen Republik Mitte Oktober neue Verordnungen in Kraft getreten, die die Kirchen wie alle anderen betreffen. An Gottesdiensten in geschlossenen Räumen dürfen maximal zehn Personen teilnehmen. Diese Personenzahl gilt auch für alle anderen kirchlichen Aktivitäten. Experten zufolge hat dies kaum praktische Auswirkungen, da in dem stark säkularisierten Staat ohnehin fast keine Gottesdienstbesucher mehr anzutreffen sind.

Die Tschechische Bischofskonferenz rief in einer Stellungnahme zum Rosenkranzgebet um die Beendigung der Pandemie auf. Das Gebet sei ein „mächtiges und dabei leicht zugängliches Mittel, das jederzeit zur Verfügung steht“. Warum dieses „mächtige Mittel“ bisher montelang nicht gewirkt hat, vermochten die Bischöfe allerdings nicht zu erklären. (*kathpress*, 12.10.20)

Vatikan

(5433) **Vatikanstadt.** Die Corona-Pandemie hat den Vatikan besonders hart getroffen. Ein für Ende Oktober vorgesehener Exorzismus-Kurs musste wegen der angespannten Corona-Lage abgesagt werden. Das Seminar für Priester und Laien war an der Päpstlichen Universität *Regina Apostolorum* geplant. Es soll zwar im Frühjahr 2021 nachgeholt werden, aber bis dahin ist der Vatikan dem Treiben der diversen Teufel schutzlos ausgeliefert, die dort nach Überzeugung des Heiligen Stuhls vor allem im Finanz- und Sexualbereich ihr Unwesen treiben. Immerhin weiß die Welt nun, welche wissenschaftlichen Leistungen der päpstlichen Universität ein absolutes Alleinstellungsmerkmal verschaffen. (*Vatican News*, 22.10.20)

Anm. *MIZ*-Red.: Bereits 1982 stellte Pater Gabriele Amorth, damaliger Chef-Exorzist des Vatikan, resigniert fest, dass es die meisten Teufel im Vatikan gibt – eine Aussage, der selbst diejenigen nur schwer zu widersprechen vermögen, die an die Existenz dieser rätselhaften Wesen gar nicht glauben. Auch wenn Amorth eigener Aussage zufolge 70.000 Teufel ausgetrieben haben will, müssen diese am Sitz der katholischen Kirche derart mächtig sein, dass

sie schon mittels eines winzigen Virus die Teufelbekämpfungsmaßnahmen des Heiligen Stuhls lahmlegen können.

(5434) **Genf.** Ein Vertreter von *Radio Vatikan* ist zu einem von neun Mitgliedern der Geschäftsleitung der *Europäischen Rundfunkunion (EBU)* gewählt worden. Er fungiert damit auf der gleichen Ebene wie z.B. der *ZDF-Intendant* oder der *ORF-Generaldirektor*. Die *EBU* hat 115 aktive Mitglieder aus 56 Ländern in Europa und zusätzlich 34 assoziierte Mitglieder in Asien, Afrika, Australien und Amerika. Sie ist damit der weltweit größte Zusammenschluss nationaler öffentlich-rechtlicher Rundfunkanbieter.

Die Generalversammlung der *European Broadcasting Union* gab keine Erklärung ab, warum ausgerechnet der Vertreter eines winzigen Senders für diese Spitzenposition bestimmt wurde, der noch dazu nicht einmal im eigentlichen Sinne öffentlich-rechtlich ist, sondern als rein interessenorientierter Spartenkanal fungiert. (Pressemitteilung der *EBU*, 3.12.20; *Vatican News*, 4.12.20)

(5435) **Vatikanstadt.** Der Papst hat in einer Generalaudienz behauptet, es sei zwar möglich, nicht an Gott zu glauben, aber nahezu unmöglich, nicht ans Gebet zu glauben – selbst die Tiere beteten schließlich. „Wir Menschen sind nicht die Einzigen, die beten in diesem gequälten Universum: Jedes Fragment der Schöpfung trägt die Sehnsucht nach Gott in sich geschrieben.“

Dabei berief sich der Papst u.a. auf einige poetische Zeilen des antiken christlichen Schriftstellers Tertullian, denen zufolge selbst „wilde Tiere das

Knie beugen“ und die Vögel „hoch zum Himmel auffliegen, wobei sie ihre Flügel in Kreuzesform ausbreiten“. Selbst kirchennahe Vatikanbeobachter zeigten für diese päpstlichen Ansichten wenig Verständnis und fragten sich, ob der Pontifex möglicherweise den Bezug zur Wirklichkeit verloren habe. (*Vatican News*, 9.12.20)

(5436) **Bern/Vatikanstadt.** Der schweizerische Bundesrat will den Neubau der Kaserne der Schweizergarde im Vatikan mit fünf Millionen Franken (4,6 Millionen Euro) subventionieren. Da dies der verfassungsgemäßen weltanschaulichen Neutralität widerspricht, musste als Anlass das 100-Jahr-Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Heiligen Stuhl herhalten. Nach Fertigstellung des auf insgesamt 55 Millionen Franken (51 Millionen Euro) veranschlagten Neubaus (für den natürlich der Vatikan zuständig ist) soll die Schweizergarde von derzeit 110 auf 135 Gardisten aufgestockt werden. (*kath.ch*, 14.12.20)

Nordamerika

Kanada

(5437) **Ottawa.** Auch in Kanada soll Sterbehilfe liberalisiert werden. Der Entwurf namens Bill C-7, den das Unterhaus bereits verabschiedete, weitet die bereits vorher bestehenden Möglichkeiten aktiver Sterbehilfe aus. Seit 2016 erlaubt das Gesetz „Bill C-14“ sowohl den ärztlich assistierten Suizid als auch die „Tötung auf Verlangen“. 2019 machten gut 5600 Menschen vom

Sterbehilfe-Gesetz Bill C-14 Gebrauch, mehr als fünfmal so viele wie bei seiner Einführung 2016. Künftig sollen aber auch chronisch kranke Menschen ein Anrecht auf aktive Sterbehilfe haben – selbst wenn sie nicht unmittelbar von starken Schmerzen geplagt werden.

Wie überall protestierten auch hier die Kirchen. Die katholischen Bischöfe warnten vor einer übereilten Regelung und meinten, in Kanada liege kein Konsens über die vorgeschlagene Ausweitung von Euthanasie und assistiertem Suizid vor, auch wenn die Regierung Anderes behauptete. (*Vatican News*, 21.12.20)

Anm. MIZ-Red.: In der Tat gibt es Einwände von Behindertenverbänden und religiösen Gruppen, Tatsache ist aber auch, dass laut kanadischen Medien die deutliche Mehrheit der Bevölkerung das neue Gesetz befürwortet. Aus humanistischer Sicht kommt es entscheidend darauf an, ob ein klar geäußertes Wille des willensfähigen Betroffenen vorliegt, der selbstverständlich beachtet werden muss – auch wenn ein Weiterleben bis zuletzt gewünscht wird. Daher ist nicht ersichtlich, wo religiöse und andere Interessengruppen in ihren Rechten verletzt werden. Hingegen ist offensichtlich, dass sie ihre Moralvorstellungen anderen aufzwingen und zum allgemeinverbindlichen Gesetz erklären wollen.

Vereinigte Staaten

(5438) **Washington.** Die Katholiken haben in den US-Präsidentschaftswahlen auch diesmal mehrheitlich für Trump gestimmt, obwohl mit Biden ein praktizierender Katholik und regelmäßiger Kirchgänger die Alternative war. Das Ergebnis war mit 50 zu 49 Prozent al-

lerdings knapper als 2016, als noch 54 Prozent der Katholiken für Trump stimmten. Die Tatsache, dass Biden gegen die Strafbarkeit von Abtreibung ist, kann für das Stimmverhalten der Katholiken nicht den Ausschlag gegeben haben, denn er hat in diesem Punkt auch die Mehrheit der US-Katholiken hinter sich – zum Ärger der Bischöfe. In den straff organisierten rechtskonservativen Kreisen der US-Katholiken hingegen dominiert die Kritik an Biden. Das katholische Mediennetzwerk *CNA/EWTN* behauptete z.B. nach den Wahlen, die Amerikaner würden „vielleicht niemals das Ausmaß des Wählerbetrugs in diesen Wahlen erfahren“. Ähnlich positioniert sich *CatholicVote*, eine Lobby-Gruppe für Trump, die „eine Wolke der fehlenden Legitimität“ über Biden ausmacht. (*kathpress*, 8.11.20)

(5439) **Washington.** Kurz vor Weihnachten fielen ausgerechnet die Rechts-extremen unter den evangelikalen Predigern vom Glauben an den Erlöser Donald Trump ab. Der inzwischen 90-jährige Pat Robertson hatte noch im Oktober verkündet, Trump werde die Wahl gewinnen, aber kurz danach werde ein Asteroid die Erde treffen. Nun schockierte er seine Anhänger mit einem ganz neuen Bekenntnis: „Ich habe gebetet und gehofft, dass es eine bessere Lösung gibt. Aber ich glaube, es ist vorbei.“ Trump lebe in einer „alternativen“ Wirklichkeit. „Er hatte seine Chance. Nun ist es Zeit weiterzuziehen.“ Auch die rechtskonservativen US-Sender *Fox* und *Newsmax* rückten vom Wahlverlierer ab. Sie widerlegten zahlreiche abwertende Behauptungen über die Wahlmaschinen Dominion und Smartmatic, nicht zuletzt weil ihnen sonst Millionenklagen der Hersteller

gedroht hätten. Überdies mögen konservative und evangelikale Amerikaner keine Verlierer, weil das Gewinnen in ihren Augen die Anerkennung ihrer Leistung durch Gott ist. Selbstmitleidige Attitüden eines schlechten Verlierers passen da nicht ins Weltbild christlicher Fundamentalisten. (*Augsburger Allgemeine*, 23.12.20)

Lateinamerika

Argentinien

(5440) **Vatikanstadt/Buenos Aires.** Mit einem handschriftlichen Brief hat der Papst Lebensschützer in seiner argentinischen Heimat unterstützt. Er warnte darin vor Versuchen, Abtreibung in Argentinien zu legalisieren. Das Problem der Abtreibung sei „nicht in erster Linie ein religiöses“, vielmehr gehe es dabei „um die menschliche Ethik, ganz unabhängig vom religiösen Bekenntnis“. Damit setzt er die katholische Doktrin fort, wonach die katholische Ethik gleichzeitig auch für alle anderen verbindlich sei.

Kurz zuvor hatten Aktivisten in Buenos Aires für eine Aufweichung des Abtreibungsverbots demonstriert. Die Bischöfe hingegen wollen dies sogar dann verhindern, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist, und erklärten: „Erstmals im demokratischen Argentinien könnte ein Gesetz verabschiedet werden, das den Tod einer Person in Kauf nimmt, um eine andere Person zu retten.“ (*Vatican News*, 26.11.20)

(5441) **Buenos Aires.** Mit der Zustimmung im Parlament hat das von der

argentinischen Regierung geförderte Abtreibungsgesetz am 11. Dezember seine erste Hürde genommen. Eingriffe sind bis zur 14. Woche erlaubt und kostenlos im öffentlichen Gesundheitswesen möglich.

Auf der Kippe stand lange Zeit die Zustimmung des Senats, der vor zwei Jahren ein ähnliches Projekt abgelehnt hatte. Entgegen allen Befürchtungen fiel die Abstimmung am 30. Dezember mit 38 zu 29 Stimmen positiv aus. Typisch dabei die Haltung des Senators Sergio Leavy von der Regierungspartei. Er stimmte 2018 noch mit Nein. Heute sei er zu der Einsicht gekommen, dass es nicht um ihn oder seine Überzeugungen gehe, sondern um die Situation von vielen Frauen: „Ich weiß, wenn Frauen abtreiben wollen, tun sie es heimlich. Wer kein Geld hat, geht zu irgendeiner Heilerin, zu jemandem, der keinerlei Praxis hat. Die Frage ist doch: Geben wir diesen Frauen, die Möglichkeit, den Eingriff sicher im Gesundheitssystem vorzunehmen oder treiben wir sie zu einer Praxis, die ihnen das Leben oder für immer die Gebärfähigkeit raubt?“ Leavy kommt aus Salta, einer Provinz im konservativen Norden, wo der Einfluss der katholischen wie auch der evangelikalen Kirchen besonders groß ist – und damit auch der Druck auf die Senatoren.

Gegner des Gesetzes hielten während der Abstimmung eine Mahnwache vor dem Kongress ab. Mit dabei: ein riesiger, mit Kunstblut bespritzter Pappmaché-Fötus und viele Geistliche wie Pater Javier, der vor dem Gesetz warnt: „Auf dem Spiel steht, dass Argentinien seinen ersten nationalen Genozid absegnet. Mit diesem Gesetz

werden Millionen Argentinier ausgerottet.“ Noch kurz vor Abstimmung hatte sich Papst Franziskus auf Twitter gegen das Gesetz ausgesprochen. Dass ausgerechnet seine Heimat Argentinien das erste große Land Lateinamerikas wird, in dem Abtreibungen legalisiert sind, hat Signalwirkung für die gesamte Region, glaubt die Aktivistin Vero Gago: „Das ist von großer Bedeutung in einer Zeit, in der wir erleben, wie eine fundamentalistische Rechte, gemeinsam mit den Kirche versucht, die Uhr zurückzudrehen und Rechte einzuschränken. Wir bekommen Nachrichten von Frauenbewegungen aus der ganzen Welt, wie wichtig unser Kampf hier für ihre eigenen Kämpfe ist.“

Schätzungen zufolge gibt es in Argentinien pro Jahr etwa 400.000 heimliche Abtreibungen. Etwa 40.000 Frauen werden jährlich mit Komplikationen nach illegalen Abtreibungen ins Krankenhaus eingeliefert. Laut *Amnesty International* ist dies die Hauptursache für die Müttersterblichkeit in dem südamerikanischen Land. (*Vatican News*, 13.12.20; *ARD-Tagesschau*, 30.12.20)

Anm. MIZ-Red.: Die Fristenlösung war schon bisher legal in Uruguay, Kuba und in Mexico-City. Allerdings haben diese Länder bzw. Regionen insgesamt etwa 24 Millionen Einwohner, Argentinien hingegen 45 Millionen.

Afrika

Mosambik

(5442) **Mocimboa da Praia**. Im Norden Mosambiks hat eine islamistische Rebellenorganisation die Macht ergriffen, die die Scharia zur Grundlage des Staates machen und das säkulare Bildungssystem abschaffen will. Die

al-Shabaab-Miliz hat eigene Moscheen und Koranschulen eröffnet und geht brutal gegen alle vor, die sich ihr in den Weg stellt. Bisher ist es den Regierungstruppen nicht gelungen, die Dschihadisten zu stoppen. (*Süddeutsche Zeitung*, 3.12.20)

Asien

China

(5443) **Quingdao**. Im Rahmen des vorläufigen Abkommens zwischen Heiligem Stuhl und China über die Ernennung von Bischöfen wurde von chinesischer Regierung und Vatikan gemeinsam ein neuer Bischof für Quingdao bestimmt. Vatikansprecher Bruni zufolge sind weitere Bischofsernennungen für China nach demselben Verfahren in Vorbereitung. Thomas Chen sei der inzwischen dritte Bischof in China, der seit der Vereinbarung vom September 2018 „ernannt und geweiht wurde“, so Bruni. Rom und Peking hatten das Abkommen kürzlich um weitere zwei Jahre verlängert. Die Vereinbarung, über deren Wortlaut beide Seiten Stillschweigen vereinbaren, betreffe „ausschließlich den Prozess der Ernennung von Bischöfen“. Nicht Gegenstand des Abkommens seien dementsprechend Fragen wie der rechtliche Status der chinesischen katholischen Kirche oder die Beziehungen zwischen dem Klerus und den Behörden des Landes oder auch die direkten diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und China. (*Vatican News*, 25.11.20)

Pakistan

(5444) **Lahore**. Mehrere Millionen von Anhängern folgten der Trauerprozession für den Chef der Islamis-

tenpartei *Tehreek-e-Labaik (TLP)*, Khadim Hussain Rizvi. Der radikale Kleriker war ein Verfechter der Blasphemiegesetze und zutiefst überzeugt, dass alle, die der Blasphemie schuldig seien, die Todesstrafe verdienen. Noch kurz vor seinem Tod am 19. November hatte er einen Protestmarsch nach Islamabad angeführt, um gegen eine Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in Frankreich zu demonstrieren. Die Mobilisierung einer bisher in der islamischen Welt noch nie erreichten Zahl von Anhängern zeigt nach Auffassung internationaler Beobachter, wie stark der islamistische Fundamentalismus in der pakistanischen Bevölkerung verwurzelt ist. (*ucanews*, 23.11.20)

Südkorea

(5445) **Seoul.** Das Verfassungsgericht hat das bisher äußerst restriktive Abtreibungsgesetz Südkoreas aufgehoben und eine Liberalisierung angemahnt. Laut dem Vorschlag der Regierung für die Änderung des „Criminal Act“ und des „Mother and Child Health Act“ sollen Abtreibungen künftig in den ersten 14 Schwangerschaftswochen durchgeführt werden können, bei bestimmten medizinischen, wirtschaftlichen oder sozialen Gründen sowie bei Vergewaltigung sogar bis zur 24. Woche. Die Regierung begründet die Notwendigkeit der Gesetzesänderung unter anderem mit Daten aus dem Gesundheitsministerium, wonach die Quote illegaler Abtreibungen in Südkorea zu den weltweit höchsten zählt.

Erwartungsgemäß hat die katholische Kirche des Landes die laufende

Parlamentsdebatte scharf kritisiert und Lebensschützer-Kampagnen organisiert. Mit einer Geburtenrate von 1,1 pro Frau liegt das ostasiatische Land deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt von 2,4, was die Kirchen kritisch sehen, während ihre Gegner genau dies als Ursache für den gestiegenen Wohlstand und die Stabilität des Landes ausmachen. (*kathpress*, 21.10.20)

Ozeanien

Australien

(5446) **Vatikanstadt.** Der umstrittene Kardinal Pell, der in mehreren Instanzen des Missbrauchs von Knaben für schuldig befunden wurde, ehe ihn das Oberste Gericht Australiens wegen angeblich nicht ausreichend klarer Beweislage freisprach (vgl. MIZ 4/20, Meldung 5404), erhielt eine innerkirchliche Rehabilitation erster Klasse. Der Papst persönlich empfing ihn in seiner Bibliothek zu einer Privataudienz, zu der extra auch die Medien eingeladen wurden, und dankte ihm ausdrücklich für sein Wirken im Vatikan. (*Süddeutsche Zeitung*, 14.10.20; *Augsburger Allgemeine*, 14.10.20)

Neuseeland

(5447) **Wellington.** Die Neuseeländer haben in einem Referendum mit 65,2 Prozent für eine Legalisierung von aktiver Sterbehilfe bei unheilbarer Krankheit gestimmt. Das amtliche Endergebnis ist für Regierung und Parlament bindend, das entsprechende

Gesetz wird am 6. November 2021 in Kraft treten.

Neuseeländische Staatsbürger ab 18 Jahren, die an einer unheilbaren, binnen sechs Monaten zum Tod führenden Krankheit leiden, können sich künftig für Sterbehilfe durch einen Arzt entscheiden. Für die Gültigkeit der Entscheidung sind Gutachten des Hausarztes sowie eines unabhängigen Arztes Voraussetzung. Ausgenommen

von diesem Recht sind Patienten, die aufgrund einer psychischen Erkrankung nicht mehr entscheidungsfähig sind. Die katholische Kirche, die sich im Vorfeld für eine Ablehnung stark gemacht hatte, bezeichnete das Votum als „gefährlich“ für „schutzbedürftige Menschen und jene, die sie pflegen“. (KNA, 30.10.20)

Karrierebremse Kruzifix

Im Mai stand die Wahl eines neuen Präsidenten des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofes an. Die CDU hatte dafür Andreas Heusch vorgeschlagen. Dieser ist säkularen Kräften in schlechter Erinnerung, denn als Präsident des Verwaltungsgerichts Düsseldorf hatte er im Jahr 2010 am Tag der Deutschen Einheit ein deutlich sichtbares Kreuz aus Resten des ehemaligen Grenzzauns zwischen Ost- und Westdeutschland im Haupttreppenhaus des Gerichtsgebäudes aufhängen lassen. Wohl wissend, dass die Anbringung eines Kreuzes in einem Gericht mit der weltanschaulichen Neutralität des Staates kollidiert, teilte er in einem Brief an die Beschäftigten mit, dass das Kreuz kein Zeichen des Glaubens darstelle, sondern „allein auf die kulturellen Grundlagen unserer Verfassung, auf die Wurzeln, aus denen sich unsere freiheitliche Ordnung speist“, verweise. Auch durch andere Entscheidung hatte sich Heusch als ausgesprochen konservativ präsentiert (beipielsweise hatte

seine Kammer der Stadt Düsseldorf untersagt, als Zeichen des Protestes gegen rechte Demonstranten das Licht im Düsseldorfer Rathaus zu löschen), so dass das Vertrauen, dass der Mann in der Lage sein wird, die Verfassung zu bewahren, außerhalb der Union überschaubar sein dürfte.

Da für die Besetzung des Verfassungsgerichtspräsidenten eine Zweidrittelmehrheit im Landtag gebraucht wird, war die schwarz-gelbe Regierung auf Stimmen aus dem Oppositionslager angewiesen. Und da dieses signalisiert hatte, dass Heusch keine gute Wahl darstelle, ist nun die Kölner Jura-Professorin Barbara Dauner-Lieb Präsidentin des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofes. Dem Vernehmen nach soll Heusch nun für die Führung des Oberverwaltungsgerichts NRW im Gespräch sein.

Impressum

MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit

Politisches Magazin für Konfessionslose
und AtheistINNen

ISSN 0170-6748

Redaktion: Christoph Lammers (v.i.S.d.P.), Nicole Thies, Daniela Wakonigg, Frank Welker

Ständige Mitarbeiter/innen: Petra Bruns, Colin Goldner, Gerhard Rampp, Michael Schröter

Anschrift der Redaktion: MIZ-Redaktion,
Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560, Fax (06021) 62 62 569
redaktion@miz-online.de
www.miz-online.de

Meldungen für die Internationale Rundschau an:
Gerhard Rampp, rundschau@miz-online.de

Herausgeber: Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA e.V.), Limburger Str. 55, 53919 Weilerswist.

Verlag: Alibri Verlag GmbH

Druck: Druckhaus Stil, Stuttgart

Nachdruck und Vervielfältigung: Auch auszugsweise nur mit Genehmigung der Redaktion und vollständiger Angabe von Nr./Jahr und Nennung des ungekürzten Titels dieser Zeitschrift.

LeserInnenbriefe sollten als solche gekennzeichnet werden; sie erscheinen außerhalb der Verantwortung der Redaktion. Kürzungen bleiben vorbehalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Manuskripte: Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos, Illustrationen und Datenträger keine Haftung. Sie werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Erscheinungsweise: vierteljährlich, jeweils April, Juli, Oktober und Januar.

Preis des Einzelheftes: Euro 5.- zuzüglich Porto.

Bezugspreis im Abonnement: Euro 18 (Inland), Euro 22 (Ausland), jeweils inkl. Porto u. Verpackung. Ein Abonnement umfasst vier Hefte; nach Ablauf verlängert es sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht vier Wochen nach Erscheinen der letzten im Abonnement enthaltenen Nummer schriftlich beim Alibri Verlag gekündigt wird. Für Mitglieder des IBKA ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

MIZ-Abonnement und Einzelbestellungen an:
Alibri, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg

Bankverbindung: Alibri Verlag GmbH, Sparkasse Aschaffenburg, Konto 1129 7868, (BLZ 795 500 00)

Frühere MIZ-Ausgaben

Viele ältere Nummern der MIZ sind noch lieferbar. Ob Sie nun die MIZ kennenlernen wollen, ihre Sammlung komplettieren oder einfach mal reinschaun, wie die Zeitschrift vor zehn oder zwanzig Jahren ausgesehen hat – Sie können sowohl einzelne Ausgaben als auch sortierte Pakete nachbestellen.

MIZ 4/20 Schwerpunktthema Kulturkampf – Relikt von vor 150 Jahren?; außerdem: Warum Silvester 2015 auf die Tagesordnung muss * Interview mit Cinzia Sciuto

MIZ 3/20 Schwerpunktthema 30 Jahre ohne Mauer; außerdem: Unfreiheit, Ungleichheit, Brüderlichkeit * Atheisten in Nigeria

MIZ 2/20 Schwerpunktthema Die Pandemie und der Glaube; außerdem: Mehr Militärseelsorge * Wie die „Neue Rechte“ auf „den Islam“ blickt

MIZ 1/20 Schwerpunktthema Bühne Kulturpolitik; außerdem: 100 Jahre Weltliche Schule * Evangelikale in Bremen * Istanbul-Konvention für alle

MIZ 4/19 Schwerpunktthema Auf den Spuren der Aufklärung; außerdem: Religiöse Speisevorschriften * Missbrauch mit dem Missbrauch * Beispielhafte Laizität in Quebec

MIZ 3/19 Schwerpunktthema Alltag, Religion und Kirche in der DDR; außerdem: Gilead ist überall – Margaret Atwoods Religionskritik * Hexenjagen in Ghana

MIZ 2/19 Schwerpunktthema Kirchentage – Ketzertage – Humanistentage; außerdem: Bündnis altrechtliche Staatsleistungen abschaffen * Rückblick auf die Buskampagne

MIZ 1/19 Schwerpunktthema Internationale Unterstützung für bengalische Blogger; außerdem: Ist das syrische Regime wirklich säkular? * Querfront gegen Säkularismus * Interview mit Kristina Hänel

MIZ 4/18 Schwerpunktthema 100 Jahre Waldorfschule; außerdem: Berliner Neutralitätsgesetz * Trennung von Staat und Kirche in Griechenland * Iran 40 Jahre nach der „Islamischen Revolution“

MIZ 3/18 Schwerpunktthema Revolution und Säkularismus; außerdem: Kirchlicher Missbrauch * Eingepflicht * Kritik an #unteilbar

MIZ 2/18 Schwerpunktthema Der EuGH und das kirchliche Arbeitsrecht; außerdem: Nationalsozialismus und Gottgläubigkeit * Jupiter im laizistischen Staat

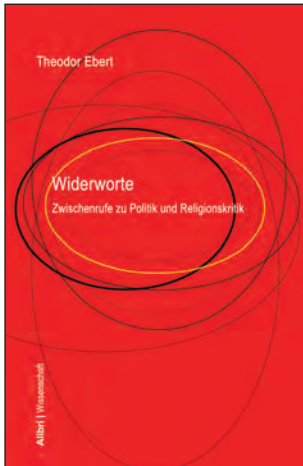
Einzelheft Euro 5.- (ab 1/14)

Probepaket (drei ältere Hefte) Euro 5.-

Schnuppern in den 90ern (5 Hefte) Euro 5.-

Schnuppern in den 80ern (5 Hefte) Euro 5.-

Schnuppern in den 70ern (10 Hefte) Euro 5.-



Theodor Ebert

Widerworte

Zwischenrufe zu Politik und Religionskritik

156 Seiten | kartoniert | Euro 17.-

ISBN 978-3-86569-218-4

Acht kritische Detailansichten zum Einfluss der Religionsgesellschaften in Deutschland.

Mit freundlicher Empfehlung

Bund für Geistesfreiheit
Augsburg



Aktion:

Der bfg Augsburg übernimmt die Kirchenaustrittsgebühr für Schüler, Studenten und Geringverdiener in Bayern. - info@bfg-augsburg.org

Alibri

Forum für Utopie und Skepsis • www.alibri.de
Postfach 100 361 • 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560 • eMail verlag@alibri.de